

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.17 - 60. Jahrgang

4. September 2010



Freie Volksbühne Berlin



120 Jahre Freie Volksbühne

In diesem Jahr feiert die Freie Volksbühne Berlin ihr 120-jähriges Bestehen. Feiern wird sie dort, wo in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts mit Max Reinhardt und Erwin Piscator ein Stück Theatergeschichte geschrieben wurde: In Kooperation mit der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz wird der Verein am 21.11.2010 auf Spurensuche gehen und nach der Aktualität des „totalen Theaters“ heute fragen. Die BERLINER STIMME würdigt das Jubiläum in dieser Ausgabe auf zwei Themenseiten.

Seite 7 und 8 □

Nussbaum: Defizit fällt geringer aus

Der Berliner Haushalt wird in diesem Jahr voraussichtlich mit einem geringeren Finanzierungsdefizit abschließen, als es im Haushaltsgesetz vorgesehen war. Finanzsenator Ulrich Nußbaum rechnet nach dem Stand vom 30. Juni 2010 mit einem Finanzierungssaldo von rund 2.709 Millionen Euro, das Defizit fällt damit um 115 Millionen Euro geringer aus. Ein Großteil der zusätzlichen Einnahmen (rund 268 Millionen Euro) muss für zusätzliche Ausgaben insbesondere für Grundsicherung, Wohngeld, Hilfen in besonderen Lebenslagen, Hilfen zur Erziehung und Kindertagesbetreuung eingesetzt werden. □

Atomdebatte:

„Sicherheit bleibt außen vor“

SPD kritisiert geplante Laufzeitverlängerungen

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat scharfe Kritik an der Debatte über verlängerte AKW-Laufzeiten geäußert. Noch sei völlig unklar, auf welcher Grundlage die Kanzlerin entscheiden wolle. Dabei müsse am Anfang aller Überlegungen die Frage beantwortet werden: „Kann man alte Atomkraftwerke auf den Sicherheitsstand von heute bringen?“

Dem Bundeskabinett liegt seit dieser Woche ein Gutachten vor, das die Grundlage für das Energiekonzept der Bundesregierung liefern sollte und vom Energie-wirtschaftlichen Institut der Universität Köln (EWI) erstellt wurde, das mit Millionen-zuschüssen von der Atomwirtschaft unterstützt wird. Auch wenn die Ergebnisse in der Bundesregierung unterschiedlich interpretiert werden, scheint eine Laufzeitverlängerung von bis zu 15 oder 20 Jahren wahrscheinlich. Dafür soll eine Brennelementesteuer eingeführt werden. „Die Kanzlerin verkauft die Sicherheit der Bevölkerung, indem sie marode und alte Atomkraftwerke länger laufen und sich dafür Geld geben lässt. Solche Ablasshandel“, kri-



Olaf Scholz und SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug bei der Anti-AKW-Demo in Berlin.

tierte der SPD-Vorsitzende, „gelten eigentlich seit mindestens 500 Jahren als unmoralisch.“ Gabriel hält eine Brennelementesteuer unabhängig von Laufzeitverlängerungen für notwendig, weil sonst der Steuerzahler die Sanierung maroder Atom-mülllager finanzieren müsse. BS □

Am 18. September ruft die Berliner SPD zur Teilnahme an der großen Anti-AKW-Demonstration im Regierungsviertel auf. Treffpunkt ist um 12.45 Uhr auf der Wiese vor dem Reichstag.

Mehr: www.anti-atom-demo.de

Sparpläne treffen Kommunen

Wowereit: Bundesregierung gefährdet die soziale Balance

Als „zynisch“ angesichts der aktuellen Debatte um Integration hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit die Einsparungen beim Programm „Soziale Stadt“ bezeichnet.

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Sparpakets die Halbierung der Städtebauförderung von rund 600 auf 300 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Eine Kürzung um 50% - das ist das Aus für viele Sanierungsvorhaben und Quartiersmanagements, das Aus für die Bemühungen in den Stadtvierteln, die Maßnahmen dringend nötig haben. Wowereit: „Diese Kürzungen werden nicht die Besserverdienerquartiere

von Frau Merkel und Herrn Westerwelle treffen. Sie werden dort zu spüren sein, wo

IN DIESER AUSGABE:

STÄDTEBAUFÖRDERUNG ERHALTEN	S. 5
DIE WOCHEN DER SPD MITTE	S. 6
REAKTIONEN AUF SARRAZIN	S. 10
NACHRUF AUF CARL-HEINZ EVERS	S. 13

Menschen auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Diese Menschen werden von der Bundesregierung im Stich gelassen!“

Integration, so Wowereit, sei in erster Linie eine soziale Frage und sie entscheide sich auf kommunaler Ebene, in den Kiezen, Vierteln und Quartieren. **siehe auch S. 5** □

SPD-Parteivorstand:

„Rettungsschirm aufspannen“

Kommunen brauchen dringend finanzielle Entlastung

Der SPD-Parteivorstand hat am Montag die schwarz-gelbe Koalition aufgefordert, sofort dem von der SPD vorgeschlagenen Rettungsschirm für die Kommunen im Bundestag zuzustimmen.

Die Finanzsituation der Kommunen wird immer dramatischer, stellte der Parteivorstand in einer Resolution fest. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen wird in 2010 auf rund 15 Mrd. Euro steigen. Daher brauchen die Kommunen umgehend finanzielle Hilfe.

„Wie auch von den Kommunalen Spitzenverbänden mehrfach gefordert, müssen die Einnahmeausfälle für die Kommunen in Folge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorschriften, die zusammen pro Jahr rund 2,3 Mrd. Euro Einnahmeherausfälle erzeugen, sofort kompensiert werden“, heißt es im Beschluss des Parteivorstands.

Die SPD lehnt das so genannte Sparpaket der Bundesregierung entschieden ab, weil es sozial unausgewogen sei und die Kommunen noch weiter stark belasten werde, so der Parteivorstand. „Die vorgesehenen Eingriffe in die Sozialgesetze, insbesondere im Leistungsrecht des SGB II, in der Arbeitsmarktpolitik oder im Wohngeld, werden die Sozialausgaben der Kommunen noch weiter steigen lassen. Das Vorhaben, die Städtebauförderungsmittel, die einen maßgeblichen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen leisten, erheblich zu reduzieren, muss sofort vom Tisch. Die Kommunen brauchen verlässlich diese Städtebauförderungsmittel, damit sie nach dem Auslaufen des Konjunkturprogramms Ende 2010 ihre Investitionen zu Lasten des ortsansässigen Handwerks und der regionalen Unternehmen nicht noch weiter einschränken müssen.“

Die SPD forderte Bund und Länder auf, die Gemeindefinanzen noch in diesem Jahr zu stabilisieren. Unterstützt werden die Vorschläge der Kommunalen Spitzenver-



Städte brauchen Finanzmittel.

Foto: Horb

bände nach Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und Entlastung von Sozialausgaben. Die Gewerbesteuer muss nach Ansicht des Parteivorstandes durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern gestärkt werden, so wie dies auch das Kommunalmodell der Kommunalen Spitzenverbände vorsehe. „Durch diese Maßnahmen kann die Abhängigkeit von den versteuerten Gewinnen nur weniger Steuerzahler vor Ort verringert, das deutsche Steuersubstrat vor Gewinnverlagerungen gesichert und die Steuerbasis auch wirtschaftlich schwächerer Kommunen gestärkt werden.“

Ebenso wichtig als Instrument zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen bleibt die Veränderung der Mitfinanzierung sozialer Sicherungssysteme durch die Kommunen. Die Soziallasten der Kommunen haben bereits eine Größenordnung von rund 40 Mrd. Euro erreicht. Daher fordert die SPD, die derzeitigen Regelungen zur Finanzierung der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und die Mitfinanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung durch den Bund in der Gemeindefinanzkommission einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Unser Ziel sind handlungsfähige Kommunen und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bei den herausragenden Aufgaben von Chancengleichheit, Integration und Investitionen.

PM □

Europa - Freiheit und Sicherheit?

Am Freitag, dem 17. September lädt die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl zur Diskussion mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft Dr. Viviane Reding über Datenschutz, Grundrechte und Rechtsetzung in der Europäischen Union.

Unter dem Titel „Freiheit und Sicherheit - was bringt uns Europa?“ sollen zentrale Themen wie die Charta der Grundrechte, der Schutz der Bürgerrechte, das Stockholmer Programm oder das sogenannte SWIFT-Abkommen diskutiert werden. Beginn ist um 16 Uhr in der Vertretung der Europäischen Kommission, Europäisches Haus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin.

BS □

POLITIK PERSÖNLICH

Wolfgang Thierse, Bundestags-Vizepräsident, hat den sich seit Ende Juli nahe der israelischen Botschaft im Hungerstreik befindenden Palästinenser Firas Maraghy aufgesucht und sich in der israelischen Botschaft für eine Lösung eingesetzt. Maraghy, der in Jerusalem lebte, möchte für sich, seine deutsche Frau und seine Tochter ein gesichertes Bleiberecht in Jerusalem erhalten. Aufgrund der israelischen Rechtsvorschriften hat er, wie alle Jerusalemer Palästinenser, weder einen palästinensischen noch einen israelischen Pass, sondern einen Status als „Staatenloser“ und ist in jedem Einzelfall auf israelische Aufenthalts- wie Reiseerlaubnisse angewiesen. Weder seine Frau noch seine Tochter sollten jedoch eine Genehmigung zum Aufenthalt in seiner Heimat bekommen.

Frank Jahnke, Charlottenburger Abgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher, hat bei seinem Stadtteiltag u. a. die Baustelle des „Zoofensters“ am Breitscheidplatz besichtigt. Beim Blick vom 20. Stock des Rohbaus ließ er sich den Stand der Arbeiten durch den Bauleiter erläutern. Am



Nachmittag folgte ein Fachgespräch der SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf zur Frage „Wie geht es weiter rund um den Breitscheidplatz?“ Am Abend führte die Bürgerinitiative Olivaer Platz mehr als dreißig interessierte Anwohnerinnen und Anwohner sowie die zahlreich erschienenen Vertreter der Bezirkspolitik über den Olivaer Platz.

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Rekommunalisierung:

„Die Chance nicht verschenken“

Michael Müller: Politik im Sinne einer solidarischen Stadtgesellschaft gestalten

In den letzten Jahren wurde der Blick von Politik und Gesellschaft für jene Bereiche geschärft, die für die öffentliche Daseinsvorsorge entscheidend sind: Gesundheit, Bildung, Mobilität, Wohnen, Wasser, Abfallentsorgung sowie Klimaschutz und Energie. Der kostengünstige Zugang zu qualitativ hochwertigen Angeboten ist hier Voraussetzung für die Existenz jedes Einzelnen, wie auch für das funktionierende Zusammenleben in einer solidarischen Stadt. Politik, vor allem die Landes- und Kommunalpolitik, steht vor der Aufgabe die öffentliche Daseinsvorsorge in diesem Sinne zu gewährleisten und so Verantwortung für das Gemeinwesen zu tragen.

Auf welche Weise Politik das tut, ist eine Frage, auf die es durchaus unterschiedliche Antworten gab und der wir uns jetzt neu stellen müssen: Die Diskussion des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts war von der Debatte um Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung geprägt. Es herrschte die Erwartung, der Markt würde auch in Bereichen, die bislang exklusives Terrain der öffentlichen Hand waren, für unerreichbare und für den Staat unerreichbare Effizienz und Effektivität bei der Leistungserbringung sorgen. Heute hat



Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD.

sich Ernüchterung eingestellt. Inzwischen haben wir, ausgelöst durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, einem tiefgehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Wandel erlebt. Vor Jahren noch undenkbar, heute aber anerkannte Maßnahmen, wie die Verstaatlichung von Banken, die Einführung von Finanzmarkt- und Börsenumsatzsteuern oder die staatliche Hilfe mit Krediten für das Not geratene Griechenland, machen die Tragweite der weltweiten Krise erst deutlich. In so mancher Kommune schüttelt man derzeit den Kopf beim Gedanken daran, wie man seine Infrastruktur über Sale-and-lease-back und Cross-Border-Leasing-Verträge in die USA verkauft hat und sich nun mitten in den

Wirren der globalen Finanzmärkte wiederfindet. Auch wir in Berlin kennen solche Erfahrungen aus der Vergangenheit und haben diese Art von Geschäften gestoppt.

Es hat ohne Zweifel ein Perspektivwechsel gegeben. Klar ist dabei aber auch: Die Zusammenarbeit öffentlicher Stellen mit Privaten zu verteufeln, hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es ist genau jene wichtige Frage, welche Aufgaben der Staat zu leisten hat und welche nicht, die wir neu beantworten müssen. Politik muss die Scheuklappen ablegen und selbstbewusst prüfen, welche Aufgaben tatsächlich besser in öffentlicher Regie durchgeführt werden und somit die echten Kernaufgaben des Staates sind - und dafür dann auch die Verantwortung übernehmen. Perspektivwechsel heißt dabei aber eben nicht der Roll-Back in die Staatswirtschaft. Der Staat, und damit die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg landeseigener Unternehmen durch eine diskriminierungsfreie, preisgünstige und qualitätsvolle Leistungserbringung. Daraus erwächst gerade erst die Pflicht für den Staat seine Unternehmen auch wirtschaftlich zu führen, wie wir es in Berlin mit der insgesamt positiven Entwicklung der landeseigenen Unternehmen seit 2001 gezeigt haben. Geboten

Fortsetzung Seite 4

Vier Handlungsfelder sieht der Vorschlag Michael Müllers vor, der in der AG Rekommunalisierung beraten wurde und am Montag im Landesvorstand diskutiert werden soll. Eine Zusammenfassung der BS.

Handlungsfeld Wohnen. Mit dem Ausstieg aus der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau, der Fusion von Wohnungsbaugesellschaften und einem begrenzten Verkauf öffentlicher Bestände hat es in den vergangenen Jahren Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt gegeben. Im Jahr 2004, - vor dem Verkauf der GSW - ist die SPD nach eingehender Analyse des Wohnungsbestands und des Wohnungsmarktes in Berlin zu der Auffassung gekommen, dass ein Bestand von ungefähr 250.000 Wohnungen im öffentlichen Eigentum zur Marktbeeinflussung im Interesse der Mieterinnen und Mieter geboten ist. Das bleibt nach Auffassung der SPD weiter richtig. In einigen Segmenten und Regionen sind die Mieten in Berlin bei Neuvermietung aber überdurchschnittlich gestiegen, teilweise be-

Rekommunalisierung: Die Handlungsfelder

steht eine Knappheit an bezahlbaren Wohnungen. Hier soll rechtzeitig gegengesteuert werden. Die AG Rekommunalisierung schlägt deshalb vor, zu prüfen, ob der Liegenschaftsfonds über Grundstücke in Stadtteilen verfügt, in denen der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen steigt und die ggf. für den Neubau von öffentlichen Wohnungen durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geeignet wären. Gegebenenfalls könnten solche Grundstücke den Wohnungsbaugesellschaften für diesen Zweck kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Flächen sollen zudem für Belange der öffentlichen Daseinsvorsorge vorgehalten werden.

Handlungsfeld Mobilität (S-Bahn). Nach dem Desaster bei der S-Bahn, das wesentlich auf die Börsenpläne der Bahn und die damit verbundenen Gewinnerwartungen der Konzernleitung zurückzuführen ist,

will das Land Berlin einen stärkeren Einfluss auf die S-Bahn nehmen. Dazu gibt es mehrere Optionen. Eine Möglichkeit wäre die Übernahme der S-Bahn Berlin GmbH in das Eigentum des Landes Berlin. Dabei müssten - neben der finanziellen Seite - auch die ungelösten technischen Probleme und die langen Beschaffungszeiten für neue Züge berücksichtigt werden. Wird eine Bahnprivatisierung verhindert, könnte sich das Unternehmen auch im Berliner S-Bahn-Verkehr wieder auf seine Kernaufgabe, die Fahrgastbeförderung, konzentrieren. Weitere Möglichkeiten sind die Direktvergabe des Betriebs eines Teils des S-Bahn-Netzes an eine Tochtergesellschaft der BVG oder die Ausschreibung des Betriebs eines Teils des Netzes durch den Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB), spätestens mit Wirkung ab 2017. Unabhängig davon soll geprüft werden, zu welchen Bedingungen bereits vor 2017 eine Veränderung in den Besitzverhältnissen und der Verfügung über die Fahrzeuge erfolgen könnte.

weiter Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

ist ein selbstbewusster Staat, der zum Wohle des Souveräns nicht jeder Verheißung des Marktes hinterherläuft, sondern erst einmal seine eigenen Ziele formuliert. Wie die Finanzkrise gezeigt hat - hier wurden die Gewinne privatisiert bei gleichzeitiger Sozialisierung von Risiken und Verlusten - muss der Staat vielmehr den Rahmen gerade für das Wirtschaften mit öffentlichen Mitteln, klarer vorgeben und den Umgang mit dem öffentlichen Geld besser kontrollieren. Nicht zuletzt die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse zwingt uns auch weiter dazu, staatliche Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen bleibt auch für Berlin eine wichtige Aufgabe - möge die Schuldenbremse durchaus kritisch bewertet werden. Unerfreulicher Weise verschleppt eine zaudernde schwarz-gelbe Bundesregierung die notwendigen steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen, um die Umsetzung der Schuldenbremse überhaupt erst zu ermöglichen und treibt damit das Gemeinwesen immer tiefer in die Verschuldung.

Wir haben in Berlin in der Vergangenheit Entscheidungen getroffen - wie den Ausstieg aus der Anschlussförderung im Sozialen Wohnungsbau, Fusionen und Verkäufe in diesem Bereich, die Gründung von Vivantes als Trägerin der öffentlichen Krankenhäuser, Sanierung und Verkauf der Landesbank nach der Bankenkrise, der Solidaripakt im Öffentlichen Dienst, Personalabbau, Strukturentscheidungen im Sozial-



Rotes Rathaus.

Foto: Horb

und Kulturbereich oder die Fusion der Hochschulmedizin -, die nicht immer einfach waren und sind, auf die wir aber insgesamt stolz sein können: Denn wir haben es trotz unserer Schuldenlast geschafft, unseren Landeshaushalt in den Jahren 2007 und 2008 ohne Neuverschuldung und sogar mit Überschüssen abzuschließen.

Wir haben andere Entscheidungen getroffen, für die seinerzeit wichtige Argumente gesprochen haben, die aber heute in einem anderen Licht erscheinen: den Verkauf von Bewag und GASAG und die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe. In vielen Bereichen arbeiten die ehemals öffentlichen Betriebe gut, gerade in Berlin haben wir aber auch gezeigt, dass es möglich ist, landeseigene Betriebe zu wirtschaftlicherem Verhalten anzuleiten. So haben die Berliner öffentlichen Unternehmen im Jahr 2002 noch einen Verlust von insgesamt rund 720 Mio. € eingefahren, in 2008 war es ein Überschuss von über 150 Millio-

nen Euro, was nicht heißt, dass alle Probleme bei den Landesbeteiligungen bereits behoben sind.

Das ist der Ausgangspunkt. Wir haben die Aufgabe im Lichte der Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte, neue Antworten zu finden. In Berlin ergeben sich aus unserer Sicht vier Handlungsfelder, in denen konkrete Strategien bezüglich der Frage der Stärkung öffentlichen Einflusses gedacht werden müssen: Wasser, Energie (Strom, Gas, Wärme), Mobilität (S-Bahn) und Wohnen. Für die SPD steht dabei im Vordergrund, was für die Bürger das Beste ist. Wir müssen nicht morgen alles zurückkaufen, Rekommunalisierung darf kein Selbstzweck mit der Folge neuer finanzieller Risiken sein, die dann wieder von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden müssten. Vielmehr muss in den Handlungsfeldern eine offene Analyse auch unter Berücksichtigung der nach wie vor sehr schwierigen Haushaltslage des Landes Berlin und seiner Verschuldung erfolgen. Aber wir sind in einer Phase, in der wir jede Option im Bereich der Daseinsvorsorge prüfen müssen: Bei den Wasserbetrieben diskutieren die privaten Anteilseigner, wie sie mit ihren Anteilen umgehen. Bei den Energie- und Fernwärmenetzen laufen in den nächsten Jahren die Konzessionen aus. Für Wohnungsbau haben wir jetzt freie Flächen in der Stadt. Wir haben jetzt eine einmalige historische Chance, um für die nächsten Jahrzehnte Politik im Sinne einer solidarischen Stadtgesellschaft zu gestalten. Diese werden wir nicht verschenken.

Michael Müller □

Handlungsfeld Wasserbetriebe. Bezahlbares Wasser muss in guter Qualität für jede Bürgerin und jeden Bürger jederzeit zur Verfügung stehen. Die mit der Teilprivatisierung verbundenen Vorstellungen haben sich nicht erfüllt: Die Wasserpreise in Berlin sind im Bundesvergleich sehr hoch und zudem hat sich herausgestellt, dass gerade im Bereich der Wasserversorgung privates Know-How nur begrenzten Nutzen hat. Die Höhe der Wasserpreise wiederum hat mit den vertraglich zugesicherten Renditen zu tun. Die SPD setzt sich zunächst für die Offenlegung der Privatisierungsverträge ein. Mit den Änderungen des Informationsfreiheitsgesetzes wurden dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen. Mit den privaten Anteilseignern RWE und Veolia soll auch über mögliche Übernahmen ihrer Anteile durch das Land Berlin gesprochen werden. Zunächst soll geklärt werden, ob und wie die Ziele des Landes Berlin, Versorgungssicherheit, Tüchtigkeit notwendiger Investitionen und Tarifstabilisierung, mit einer Rekommunalisie-

Rekommunalisierung: Die Handlungsfelder



rung erreicht werden können. Eine Refinanzierung des Kaufpreises, für den Berlin Kredite aufnehmen müsste, wäre teilweise über die Gewinne möglich, die sonst an die privaten Anteilseigner fließen würden. Denkbar wäre auch eine zweckgebundene Anleihe des Landes, z.B. im Rahmen einer „Berliner Volksaktie“.

Handlungsfeld Energieversorgung. Die

SPD sieht diesen Bereich als zentralen Bereich der Daseinsvorsorge, in dem die grundlegende Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarer Energie gesichert werden muss, in dem aber auch die infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Metropole der Zukunft zu steuern ist. Nach Auslaufen des Konzessionsvertrages soll die Übernahme der Strom- und Fernwärmenetze durch das Land Berlin angestrebt werden, um den Schlüssel für eine intelligente, dezentralere, ökologische Gestaltung der Netze und ihrer Zugänge (offene Standards für das Wärmenetz) in der Hand zu halten.

TERMINANKÜNDIGUNG:
IDEENKONFERENZ #3

Berliner Ideenkonferenz #3 - „Verantwortung für das Gemeinwesen - Öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“, u.a. mit Michael Müller und Klaus Wowereit, Montag, 25. Oktober 2010, 16.30 Uhr, Alte Pumpe, Lützowstraße 42, 10785 Berlin

Soziale Stadt:

„Aufbau Ost gefährdet“

Rawert warnt vor Kürzung der Städtebauförderung

Kürzungen in der Städtebauförderung gefährden den Aufbau Ost, sie gefährden Arbeitsplätze und erfolgreiche Modelle gelebter Teilhabe und Demokratie, stellt Mechthild Rawert, Landesgruppensprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten, fest. Anlässlich der Sonderbauministerkonferenz zur Zukunft der Städtebauförderung forderte sie Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer auf: „Kehren Sie ab von Ihrem Schaden anrichtenden Vorhaben der Halbierung der Mittel für die Städtebauförderung.“

Nicht nur in Berlin sind die Städtebauförderungs-Programme Soziale Stadt, Stadtumbau Ost, Stadtumbau West, Sanierung, Aktive Stadtzentren und Städtebaulicher Denkmalschutz das Rückgrat einer sozialen Stadtentwicklung. Mit einer Kürzung um 300 Millionen Euro alleine in 2011 wende sich Ramsauer ab vom Ziel der Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik, kritisierte die SPD-Bundestagsabgeordnete.

Erfolgreiche Modelle des Quartiersmanagements würden damit zunichte gemacht. Ramsauer bestrafe damit „alle Bundesländer und Kommunen, die eine nachhaltige Struktur- und Stadtentwicklungspolitik betreiben“.

Bei der Aufstellung des Haushalts 2011 müsse Ramsauer stattdessen Sorge tragen, dass die Ansätze für die Städtebauförderung im Einzelplan 12 im Interesse der

Städte und Kommunen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf erhöht werden. Rawert: „Das Mindeste aber ist eine Beibehaltung des bisherigen Förderniveaus.“

Forciert werde eine Politik des aktiven „Abbau Ost“, fürchtet Mechthild Rawert. „Ein Euro Städtebauförderungs-Mittel haben bis zu acht Euro an weiteren öffentlichen und privaten Investitionsmitteln angestoßen. Diese Kürzungen sind also volkswirtschaftlicher Irrsinn. Sie sind eine Investitionsbremse, gefährden Arbeitsplätze vor allem im örtlichen Handwerks- und Baubereich und minimieren Steuereinnahmen.“ Die Kürzungen bezeichnet sie als „Schlag ins Kontor der gelebten Demokratie von unten“. Gerade das Politikinstrument „Soziale Stadt“ habe den sozialen Zusammenhalt vor Ort gestärkt und vielen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe erst ermöglicht. Mechthild Rawert: „Die ‚Soziale Stadt‘ war bis dato ein erfolgreiches Markenzeichen für die Integration unterschiedlicher sozialer Schichten, für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern. Uns Berlinerinnen und Berlinern ist die Vermeidung zunehmender sozialräumlicher Polarisierungen - die Schlechtverdienenden hier, die Gutverdienenden dort - nicht egal. Wir wissen genau, dass sich städtebauliche, soziale und wirtschaftliche Probleme einander bedingen. Wir wollen gleiche Lebensbedingungen und Teilhabechancen für alle Bürgerinnen und Bürger.“ Ramsauer sei das offenbar egal. **PM □**



Sommerfest der Spandauer SPD am vergangenen Wochenende. Foto: Machulik

Stadtteilstefte der SPD

Bei einer Reihe von Stadtteilstefen gibt es Gelegenheit, in angenehmer Umgebung über Politik zu diskutieren.

■ **Lietzenseefest** der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, 4.9., ab 13 Uhr, Schillerwiese am Lietzensee, Kaiserdamm / Witzlebenplatz, u.a. mit Klaus Wowereit.

■ **Kinder- und Stadtteilstef der SPD Schillerpark (Mitte)**, 4.9., 14 - 18 Uhr, Schillerpark hinter der Kita, Barfusstr. Ecke Edinburger Str., u.a. mit Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke.

■ **Stadtteilstef „Nicht nur Kultur“** in und an der „Waschbar“, Uferhallen, Uferstr. 8-11 in Mitte, 10.9., ab 20 Uhr, u.a. mit Kulturstaatssekretär André Schmitz, Ralf Wieland (MdA), Dr. Christian Hanke, Dagmar Hänisch.

■ **Sommerfest der SPD Lichtenberg** am Freitag, 10. September ab 18.00 Uhr auf dem Stadtplatz vor dem Theater Karlshorst, Ehrenfelsstraße, 10318 Berlin.

■ **9. Falkplatzfest** unter dem Motto des Europäischen Jahres 2010 „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“, 18.09., 14 Uhr, SPD Falkplatz-Arnimplatz (Pankow), Falkplatz **BS □**

Wirtschaft und Wissenschaft verknüpfen

Barbara Loth: Ein Technologiezentrum in Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf weist eine einzigartige Dichte an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen auf. Schon lange ist der Berliner Südwesten ein Standort für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forscherinnen und Forscher. Kein anderer Ort hat so viele Nobelpreisträger hervorgebracht. Dahlem gilt als das Oxford von Berlin.

Neben der Freien Universität, der Charité mit dem Campus Benjamin Franklin, der Max-Planck-Gesellschaft mit mehreren Instituten, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und dem Helmholtz-Zentrum gibt es noch zahlreiche weitere Forschungseinrichtungen.

Die Wissenschaft ist wichtig für unsere Stadt. Genauso wichtig ist es aber auch, dass sie mit der Wirtschaft verknüpft wird. Denn alle guten Ideen nutzen wenig, wenn es nicht gelingt, die Kraft über die Räder

auf die Straße zu bringen. Nur das führt letztendlich zu mehr Beschäftigung.

Daher ist allein die Anzahl und die Größe von Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch kein Indikator für den Erfolg einer Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft.

Neben einer gezielten Vernetzung der Unternehmen mit den Forschungseinrichtungen müssen die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützt werden, wenn sie ein Unternehmen gründen wollen.

Sie brauchen günstige Büro- und Laborflächen, sie brauchen die Nähe zu ihrer ursprünglichen Forschungseinrichtung und sie brauchen die kaufmännische und finanzielle Unterstützung, die die Risiken bei der Startphase eines Unternehmens verkleinern.

Ein Technologiezentrum in der Nähe der

Freien Universität und den anderen Forschungseinrichtungen bietet hierfür die optimalen Voraussetzungen!

Daher habe ich mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Wirtschaft der in Berlin im Bereich der Betreuung von Technologiezentren bereits erfolgreich agierenden IZBM den Auftrag erteilt, ein entsprechendes Nutzungskonzept zu erstellen.

Im Focus steht dabei das Gelände des ehemaligen American Hospital in der Fabbeckstraße. Das Nutzungskonzept wird im September fertig gestellt.

Dann werden wir prüfen, ob wir GRW-Mittel (EU-Mittel) für den Erwerb des Grundstücks erhalten um so optimale Bedingungen für unternehmerisch tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Ort zu schaffen.

Barbara Loth, Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Gesundheit und Verkehr □

FRAKTION INTERN

Spielhöhlen-Wildwuchs eindämmen. In vielen Bezirken und in vielen Einkaufsstraßen Berlins reihen sich inzwischen Spielhöhlen und Wettbuden aneinander. Die SPD-Fraktion will diese Fehlentwicklung stoppen. „Der Wildwuchs an Spielhöhlen ist inzwischen zu einem Problem geworden. Er führt zu einer Verdrängung von anderen Geschäften aus den Einkaufsstraßen und wertet Kieze ab“, so Michael Müller. Darauf müsse man auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene reagieren. Maßnahmen auf Bezirksebene sind die Erstellung von Textbebauungsplänen, die die Neuansiedlung verhindern können oder stärkere Kontrollen des Nichtraucher- und Jugendschutzes. Darüber hinaus sprechen sich Michael Müller und auch Daniel Buchholz für eine Anhebung der Vergnügungssteuer für das Spiel an Glücksspielautomaten aus. „Man kann die Vergnügungssteuer auf Landesebene ganz gezielt für Automaten erhöhen“, so Buchholz. Er könne sich eine Anhebung auf 20 Prozent vorstellen.

Hotline zur Schulreform. Das neue Schuljahr mit der großen Schulreform ist gestartet. Die SPD-Fraktion hatte deshalb an zwei Tagen gemeinsam mit dem Koalitionspartner eine Hotline geschaltet. Dabei haben die Bildungspolitiker der Fraktionen die Fragen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie von Schülerinnen und Schülern beantwortet und Hinweise aufgenommen, wo es noch hakt. In Anzeigen und Presseveröffentlichungen wurde darauf hingewiesen. Pikant, dass sich die Berliner Morgenpost weigerte, diese Anzeige abzudrucken. Das Fazit fiel insgesamt positiv aus. Die Akzeptanz für diese wichtige Schulreform ist da, die teilweise noch auftretenden Startschwierigkeiten sind angesichts des Umfangs der Reform vertretbar und lösbar.

Wieland im Wedding. Keine Sommerpause hat die Fraktion mit ihren Stadtteiltagen gemacht. Inzwischen haben 16 Abgeordnete ihren Stadtteiltag durchgeführt. Für die Stadtteiltage wird in den Bezirken u.a. mit der Verteilung von jeweils rund 10.000 Flyern geworben. Als nächster Abgeordneter lädt Ralf Wieland zu seinem Wedding Stadtteiltag am 10. September ein. Nähere Informationen und weitere Termine unter: www.spdfraktion-berlin.de/berlinerstadtteiltage

Rechte Schwerkranker gestärkt. Das Bundessozialgericht hat geurteilt, dass schwerkranke ALG-II-Empfänger im Not- und Bedarfsfall einen Anspruch auf höhere Sozialleistungen haben. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ulker Radziwill begrüßte das Urteil und forderte den Bund umgehend zum Handeln auf. □

Wochen der SPD in Mitte

Stadtteilfest, Rundgänge, Krimilesung

Die SPD Mitte lädt von heute bis Ende September zu zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen der „Wochen der SPD“. Eine Auswahl aus den Veranstaltungen:

Samstag, 4.9., 14 - 18 Uhr: Kinder- und Stadtteilfest der Abteilung Schillerpark; Schillerpark, im Bereich Edinburger Str. / Barfusstr.

Sonntag, 5.9., 16 Uhr: Rundgang mit den Jusos Mitte durch die Spandauer Vorstadt: Jüdische Geschichte und Gegenwart, Start am S-Bhf Hackescher Markt, Ausgang Dirksenstr.

Montag, 6.9., 17 - 19 Uhr: Spaziergang durch den Volkspark Rehberge mit Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA mit fachkundiger Führung durch Hr. Schäfer vom Grünflächenamt; Treffpunkt Restaurant Pfefferkorn, Transvaalstr. 25, 13353 Berlin.

Montag, 6.9., 18:30 Uhr: Veranstaltung: „Unternehmertum mit Migrationshintergrund“ mit Hubertus Heil, MdB und Eva Högl, MdB; Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.

Freitag, 10.9., 16 Uhr: Mauerparkspaziergang mit Ephraim Gothe, Stadtrat für Stadtentwicklung und Ralf Wieland, MdA; Start am Gleimtunnel (Wedding Seite).

Freitag, 10.9., 17 Uhr: „Einladung statt Vorladung“: Besichtigung des Amtsgerichts Wedding mit Justizsenatorin Gisela von der Aue; Treffpunkt Amtsgericht Wedding, Brunnenplatz 1, 13357 Berlin.

Freitag, 17.9., 19 Uhr: Lesung: Krimi-Kurzgeschichten mit den 13 mörderischen Schwestern; Galerie des ABI im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. □

➡ Das gesamte Programm im Internet: www.spd-mitte.de

Wachstumsbranche Gesundheit

Fachausschuss Wirtschaft und Wirtschaftsgespräche e.V. laden ein

Wo steht die Region Berlin-Brandenburg in der Gesundheitsclusterbildung? Dieser Frage gehen der SPD-Fachausschuss Wirtschaft und die Berliner Wirtschaftsgespräche e.V. bei einer Diskussionsveranstaltung am 7. September nach.

Die Region Berlin-Brandenburg versteht neben Tourismus, Mobilität, Informations- und Kommunikationstechnik die Gesundheitswirtschaft als eines der wichtigsten Wachstumscluster. Damit folgt sie einer europäischen Entwicklung von Großregionen, die die Gesundheitswirtschaft, oft eng mit den Life Sciences oder Lebenswissenschaften verknüpft, als Potenzial erkannt hat. In den letzten Jahren haben sich neue Technologiezweige und Branchen angesiedelt. Schon heute ist in Berlin-Brandenburg fast jeder achte Beschäftigte in der Gesundheitswirtschaft tätig. Rund 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entfallen auf diese Wirtschaftssparte. Der medizinische Fortschritt und der demographische Wandel sorgen für einen weiteren Anstieg der Beschäftigten. Prognosen weisen einen stetigen Anstieg der Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigen aus: 20,19 Mrd. € bei 368.000 Beschäftigten bis zum Jahr 2030.

Trotz sinkender Beschäftigung und stagnierender oder abnehmender Wirtschaftsleistung haben im Gesundheitscluster Umsatz, Beschäftigung und Wertschöpfung zugenommen, erklären Experten. Ein erheblicher Teil der Gesundheitswirtschaft - vor allem der Kernbereich, der lokale und regionale Versorgungsleistun-

gen erbringt, zeigt sich insgesamt robuster gegenüber Krisen. Ein wichtigster Treiber dieser Entwicklung ist die Forschungs- und Entwicklungsdynamik im Verbund aus Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung. Mit dem Masterplan der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg sollen vorhandene Stärken ausgebaut und Lücken in der Wertschöpfungskette geschlossen werden. In zwölf Handlungsfeldern werden zentrale Aufgaben identifiziert und Maßnahmen mit unterschiedlichen zeitlichen Vorgaben empfohlen. Die Schwerpunktsetzung, Planung und Durchführung geeigneter Projekte wird von Akteuren der Gesundheitswirtschaft selbst geleistet und gesteuert.

Die Veranstaltung, die auf Einladung des SPD-Wirtschaftsexperten Frank Jahnke im Berliner Abgeordnetenhaus stattfindet, soll die Entwicklungen der letzten Jahre, Probleme und Chancen für die Region und die Rolle der Stadt im Verdrängungswettbewerb mit anderen Regionen beleuchten.

PM □

➡ Dienstag, 07.09.2010 19:00, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin, Raum 376, u.a. mit Rainer-Michael Lehmann (SPD-Fraktion), Dr. Kai Uwe Bindseil (Aktionszentrum BioTOP Berlin-Brandenburg), Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns (Geschäftsführer alpheios GmbH Berlin), Dr. Daniel Rühmkorf (Staatssekretär Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg) und Prof. Dr. Dr. h.c. Günter Stock (Präsident Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften)

Interview:

„Für neue Entwicklungen der Kunst offen“

Dr. Dietger Pforte: Freie Volksbühne sorgt für preiswerten Zugang zu Theater und Konzert

Seit 120 Jahren gibt es die Freie Volksbühne in Berlin. Lange Zeit verfügte sie über eine eigene Spielstätte, heute konzentriert sie sich auf ihre Aufgabe als Besucherorganisation. Im Interview mit der Berliner Stimme erläutert Dr. Dietger Pforte, seit 1997 Vorsitzender des Vereins, die Ziele.

Berliner Stimme: Im Internet gibt es gerade einen ganz neuen Trend: Nutzer schließen sich zusammen, um Rabatte zu bekommen, etwa bei Veranstaltungen. Eine Idee, die Ihnen nicht ganz fremd sein dürfte?

Dr. Dietger Pforte: Die Frage evoziert eine Art von Einkaufsgemeinschaft. Das ist nicht ganz falsch. Unsere Mitglieder finden mit der FVB einen preiswerteren Zugang zu Theatervorstellungen, Konzerten, Kunstausstellungen und Autoren-Lesungen als an den Eintrittskassen. Glücklicherweise finden sie bei uns aber erheblich mehr, nämlich inhaltliche Informationen über die kulturellen Angebote: vorab und - vertiefend - im Nachhinein.

Berliner Stimme: Der Freien Volksbühne ging es in ihrer 120jährigen Geschichte ja nicht nur um Vergünstigungen, es ging ihr auch um Aufklärung. Spielt das heute noch eine Rolle? Und woran macht sich das fest?

Dr. Dietger Pforte: Ja, weil die FVB nicht bloß den preiswerten und regelmäßigen Zugang zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt ermöglicht, sondern selbst eine Institution der unmittelbaren Kulturvermittlung ist. Unser Ziel ist es, unsere Mitglieder darin zu unterstützen, immer wieder gewohnte Sehweisen aufzugeben und für neue Entwicklungen in den Künsten offen zu sein.

Im Rahmen von Workshops und Stücke-einführungen, die wir in Zusammenarbeit mit den Häusern exklusiv für unsere Mitglieder veranstalten, werden z. B. von Dramaturginnen und Dramaturgen Hintergrundinformationen zu den Inszenierungen vermittelt. Das erleichtert, ja ermöglicht das Verständnis für die zeitgenössische Theater-Arbeit. Abo-Reihen - wie Zeitgenössisches Theater, Tanz, Bühnenklassiker - zeigen eine Bereitschaft für Neues, Unbekanntes.

Berliner Stimme: Berlins Kulturangebot ist ja fast unüberschaubar. Worauf achten Sie bei der Auswahl der Angebote, die Sie Ihren Mitgliedern empfehlen?

Dr. Dietger Pforte: In Berlin fällt die Auswahl sehr schwer, weil man bei täglich mehr als 1400 Kultur-Veranstaltungen leicht die Übersicht verliert. Aber Adrienne Boros, unsere Geschäftsführerin, und ihr



Dr. Dietger Pforte ist seit 1997 Vorsitzender der Freien Volksbühne Berlin. Foto: FVB

Team in der Geschäftsstelle beobachten - fast wie Kultur-Scouts - nicht nur die Arbeit der bekanntesten Theater, Opernhäuser und Sinfonieorchester, sondern ebenso die Entwicklung in der Freien Theaterszene. So sind beispielsweise Inszenierungen des Hexenkessel Sommertheaters (Monbijoupark) oder des Theaters Thikwa für unsere Mitglieder zugänglich. Der organisatorische Aufwand ist nicht immer leicht zu bewältigen, weil die Spielpläne der Off-Theater allzu häufig sehr kurzfristig veröffentlicht werden, so dass diese nicht mehr in unseren Medien angekündigt werden können. Aber: Wir bleiben dran. Die Vorstellungen in den Sophiensälen, der Tanz im August, generell die Spielstätten des



Sitz der Freien Volksbühne: Das Siegfried-Nestriepke-Haus beim Tag der Offenen Tür.

Foto: Horb

Hebbel am Ufer (HAU) sind für unsere Mitglieder keine terra incognita.

Berliner Stimme: Sind die Mitglieder der Freien Volksbühne experimentierfreudig oder eher klassisch orientiert?

Dr. Dietger Pforte: Unsere Mitglieder sind überwiegend mit klassisch gewordenen Künsten vertraut, sind aber auch neugierig auf das Neue, das Experimentelle. Unsere Stücke-einführungen z. B. sind deshalb gefragte Veranstaltungen. Und dadurch, dass die FVB-Mitglieder sechs bis acht Mal im Jahr ins Theater gehen, entwickeln sie im Laufe der Jahre einen kritischen Blick auf das Bühnengeschehen. Sie bilden keine homogene Gruppe, sondern sind Menschen, die jeweils ihren eigenen ästhetischen Geschmack haben. Und Geschmäcker sind glücklicherweise sehr verschieden.

Berliner Stimme: „Die Kunst dem Volke!“ hieß es einst. Der Zugang zur Kunst ist auch eine soziale Frage. Was können Sie tun, um den Zugang zu erleichtern?

Dr. Dietger Pforte: Die FVB kooperiert mit allen großen Bühnen der Stadt und gibt auf diesem Wege erhaltene Ermäßigungen an die Mitglieder weiter. - Indes: der ermäßigte Eintrittspreis allein lockt kaum jemanden in kulturelle Veranstaltungen. Wichtig ist gerade auch die inhaltliche Vorbereitung der Theater- und Konzertbesuche. Um der jüngeren Generation den Zugang zur Kultur zu sichern, arbeiten wie u. a. mit Grundschulkindern aus Moabit zusammen, die über die FVB-Stücke-einführungen lernen, sich im Rahmen von Projekten mit Theaterthemen auseinandersetzen und auch gemeinsam Vorstellungen zu besuchen.

Berliner Stimme: Die Freie Volksbühne tritt auch als Veranstalter auf. Wo liegen ihre Schwerpunkte?

Dr. Dietger Pforte: Der Vielfalt der Berliner Kulturlandschaft ist auch unsere eigene Veranstaltungsreihe „Montagskultur“ verpflichtet. Podiumsdiskussionen zu aktuellen kulturpolitischen Fragen gehören ebenso dazu wie kammermusikalische Darbietungen, Autoren-Lesungen oder Buchvorstellungen.

Berliner Stimme: Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Dr. Dietger Pforte: Wir möchten in Zukunft unsere Mitglieder sich noch häufiger als bisher auch mit Musik, bildender Kunst und Literatur auseinandersetzen lassen. Freilich wird auch weiterhin das Sprech- und das Musiktheater im Zentrum unserer Bemühungen um kulturelle Teilhabe unserer Mitglieder stehen. **Fragen: U. Horb** □

Kulturpolitik:

„Die Kunst dem Volke“

Brigitte Lange: Die Freie Volksbühne mitgestalten!

Der Verein „Freie Volksbühne Berlin“ (FVB) fühlt sich seit seiner Gründung vor 120 Jahren einem sozial ausgerichteten Bildungsauftrag und Solidaritätssprinzip verpflichtet.

Bürgerinnen und Bürgern soll durch das Angebot von ermäßigten Kartenpreisen der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen, wie Theater, Konzert oder Oper ermöglicht werden. Dies ist Tradition bei der FVB. Schon immer hat der Verein durch entsprechende Vermittlungsarbeit den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtert und durch entsprechende Vor- und Nachbereitungen das „Hören und Sehen“ vermittelt.

Sozialdemokratische Werte wie Teilhabegerechtigkeit und Chancengleichheit sind für die Freie Volksbühne Berlin keine leeren Worte, schließlich hat sie ihre Wur-

zeln in den Arbeiterbildungs- und Kulturvereinen. Diese Arbeit ist heute so wichtig wie vor 120 Jahren!

Noch immer nehmen nur etwa fünfzig Prozent der Bürgerinnen und Bürger an unserem Kulturleben teil. Es existiert auch heute noch ein Zusammenhang zwischen Bildung, sozialer Situation und der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen.

Die Arbeit der Freien Volksbühne Berlin lebt natürlich auch mit der Zahl ihrer Mitglieder. Je mehr Mitglieder desto intensiver kann die Vermittlungsarbeit gestaltet werden. Es werden viele Möglichkeiten des aktiven Mitgestaltens von Kunst- und Kulturlebnissen geboten.

Darum mein Appell: Engagiert Euch bei der Freien Volksbühne Berlin, helft mit, dass diese traditionsreiche Einrichtung ih-



Brigitte Lange ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und Mitglied im Verwaltungsrat der Freien Volksbühne Berlin
Foto: BS

re wichtige Arbeit noch lange weiterführen kann. **Brigitte Lange** □

Information und Beratung gibt es unter: Freie Volksbühne Berlin e.V., Siegfried-Nestriepke-Haus, Ruhrstraße 6, 10709 Berlin, Tel. 030-860093-51/52 oder email: service@lustaufkultur.de. Im Internet: www.lustaufkultur.de

Geschichte der FVB:

Unverzichtbar im Berliner Kulturleben

Von der ersten kulturpolitischen Massenorganisation zum Kulturvermittler

Betrachtet man die Geschichte des Vereins Freie Volksbühne Berlin, so ist diese untrennbar mit den politischen Zeitläufen unseres Landes verbunden. Berlin 1890: Als erste kulturpolitische Massenorganisation der deutschen Arbeiterbewegung gründeten der Theaterdirektor Otto Brahm und Dr. Bruno Wille, Prediger, Philosoph und Journalist, den Verein Freie Volksbühne mit dem Ziel, gesellschaftlich und sozial schlecht gestellten Bevölkerungsgruppen den Zugang zum kulturellen Leben zu ermöglichen.

Die Freie Volksbühne ermöglichte ihren Mitgliedern den Theaterbesuch zu ermäßigten Preisen. In den geschlossenen Aufführungen für die Mitglieder konnten neben beliebten Klassikern kritische Bühnenstücke gezeigt werden, die von der Zensur verboten waren. Ein Jahr vor Beginn des ersten Weltkriegs begann der Bau eines eigenen Theaters, der Volksbühne am Bülowplatz, heute Rosa-Luxemburg-Platz, entworfen von Oskar Kaufmann. Max Reinhardt übernahm 1915 als erster Direktor der Freien Volksbühne das Theater. In den zwanziger Jahren stellte die FVB mit ihren 160.000 Mitgliedern im Berliner Kulturleben einen gewaltigen Machtfaktor dar und war somit Kulturbringerin für alle Gesellschaftsschichten. 1925 kam Erwin Piscator als Gast-Regisseur zur Volksbühne.

Es folgten andere Zeiten: Ein Verein wie die Freie Volksbühne konnte von den Na-

tionalsozialisten nicht geduldet werden. 1939 wurde die FVB aufgelöst. Mit der fast vollständigen Zerstörung des nun als Reichstheater betriebenen Hauses verschwanden die Reste der ehemaligen Volksbühne schließlich gänzlich in den Kriegswirren.

THEATER MIT POLITISCHEM ANSPRUCH

1945 gab es unter Dr. Siegfried Nestriepke einen Neuanfang für die Volksbühnen-Bewegung, allerdings nur in Westberlin. 1963 übergab der Architekt Fritz Bornemann das Theater der Freien Volksbühne in Wilmsdorf an Erwin Piscator. Die Bühne hob sich mit ihrem politischen Anspruch deutlich von den anderen Berliner Theatern ab, Regiegrößen wie u. a. Rudolf Noelte, Peter Zadek, Klaus-Michael Grüber und Luc Bondy inszenierten am Haus. 1990 feierte der Verein Freie Volksbühne im eigenen Theater in der Schaperstraße sein 100-jähriges Jubiläum.

Mit der Wende änderte sich die Struktur der Berliner Theater und die Senatssubventionen wurden für das Theater der Freien Volksbühne gestrichen. So musste der Spielbetrieb 1992 eingestellt werden. Prof. Dietger Pforte übernahm 1997 den Vorsitz des gemeinnützigen Vereins in einer schwierigen Phase. 1999 sah man sich schließlich gezwungen, das Theater zu verkaufen.

Heute konzentriert sich die FVB auf ihre Rolle als Kulturvermittler und engagiert sich für die kulturelle Bildung. Projekte mit Schulen sind ein Weg, um die nächste Generation an die Kultur heranzuführen. Vielfältige Angebote für die Mitglieder, von Probenbesuchen über Bühnenführungen bis hin zu den exakt auf die Wünsche der Mitglieder zugeschnittenen Kulturpaketen, ob Theater, Konzert oder Tanz, zeichnen die moderne FVB aus.

Zeitgemäße Informationsangebote, die Homepage, ein monatliches Programmheft mit allen Angeboten, das den Mitgliedern nach Hause geschickt wird und auch die persönliche Beratung gehören zum selbstverständlichen Grundlagen des FVB-Service.

Im eigenen Veranstaltungsraum in den Räumen der FVB in Berlin-Wilmsdorf werden unter dem Titel Montagskultur Lesungen, Theater, musikalische Programme, kulturpolitische Diskussionen, Ausstellungen und Vorträge angeboten. „Hinter der Montagskultur verbergen sich besondere Programme, die das unglaublich vielfältige Berliner Kulturangebot abbilden“, beschreibt FVB-Geschäftsführerin Adrienne Boros das Konzept ihrer Veranstaltungsreihe.

Der Erfolg der Freien Volksbühne Berlin, die Mitgliederzahl steigt stetig, beweist, dass die Besucherorganisation ihren unverzichtbaren Platz im Berliner Kulturleben hauptet. **Anne Laxy** □

Mark Rackles:

Sarrazin und wir

Warum sich unsere Integrationsdebatten ändern müssen

An der Sarrazin-Debatte ist nicht nur Sarrazin erschreckend, sondern vor allem die Debatte. Für mich war und ist Sarrazin ein gelangweilter, elitär denkender Herr mit Hang zum Autismus und einem gespreizten Ego, der sich seine Lebensbezüge zur Allgemeinheit aus akkurat sortierten Zeitungsschnipseln, aus sicherlich launigen Randgesprächen an Cocktaillischen der VIP-Lounge und Frühstücksgesprächen mit seiner Frau (Lehrerin, steht im Leben) konstruiert.

In meiner Wahrnehmung hat er sich nie wirklich für diese Stadt, ihre Menschen oder deren Probleme interessiert; er hat eher ihr virtuelles Zerrbild in Form von Zahlenreihen, Statistiken und Folien technokratisch bearbeitet. Daher war sein Wechsel in den Frankfurter Elfenbeinturm der Zahlenreihen und Statistiken und der folientragenden Technokraten nur konsequent.

Aber um Sarrazin soll es gar nicht gehen. Was sagt uns diese aufgeregte und zum Teil erschreckende Debatte, die er selbst schon längst nicht mehr im Griff hat? Sie sagt uns vor allem: In der Bevölkerung und in den Medien dominiert offenbar der Eindruck, dass wir ein ungelöstes Migrations- und/oder Integrationsproblem haben. Wenn ein Schmalspurtheoretiker und Hobby-Genetiker aus dem Stand einen solchen medialen Aufruhr erzeugen kann und das Tagesgespräch in U- und S-Bahnen dominiert, dann stimmt was nicht. Erschreckend ist der mediale Eindruck, als hätte sich vor Sarrazin niemand mit dem Thema beschäftigt.

Dabei bin ich sicher, dass es in Berlin keine andere Partei gibt, die sich so ausgiebig, ernst- und dauerhaft mit den Fragen der Integration von Migranten beschäftigt hat wie die Berliner SPD. Seit Jahren ringen wir auf Klausurtagungen der Fraktion (früher in Anwesenheit eines schweigenden Sarrazin) und auf Parteitagen (auch hier schweigend: Sarrazin) um Lösungen.

Wir suchen als Sozialdemokraten soziale und demokratische Antworten auf objektiv bestehende Probleme wie Schuldistanz, häusliche Gewalt, Zwangsehen, jugendliche Intensivstraftäter und „Sozialhilfekarrieren“ in der dritten Generation. Unsere Antworten sind oftmals kleinteilig, differenziert (und somit kompliziert) und in der Regel auf soziale Integration ausgerichtet. Im Ergebnis hat der Senat Interventionsgebiete definiert, die eine gezielte Förderung erhalten, er hat unterstützende Maßnahmen in den Innenstadtschulen eingeleitet, frühkindliche Sprachstandserfassung und



Mark Rackles ist stellvertretender SPD-Landesvorsitzender.

Foto: BS

-Förderung sowie Sprachkurse für Mütter eingerichtet, Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen dauerhaft finanziert und die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten im Schulbereich und Jugendstrafrecht immer weiter mit dem Ziel einer schnelleren und wahrnehmbaren Sanktionierung von Jugendlichen bei Verstößen verbessert.

Wir haben eine AG Migration, ein Integrationskonzept, den Entwurf eines bundesweit einmaligen Integrationsgesetzes, mehrere Migranten in verantwortlichen Führungspositionen in Partei und Fraktion ... und dennoch: alles „Pillepalle“ und „Etikettenschwindel“ (Buschkowsky/Hanke im aktuellen Newsletter der Parteirechten). Da liegt schon ein Problem: Wenn diejenigen Verantwortungsträger der SPD, die Träger der zwingend kleinteiligen, anstrengenden und medial kaum interessanten Integrationsarbeit vor Ort mit pauschalen Aussagen zu Kronzeugen des Scheiterns werden, dann befördert das genau die Angst- und Frustgefühle in der Bevölkerung, die vorgeblich nur aufgegriffen werden sollen.

Diese latente Selbstdemontage (die nebenbei auch gegen den Regierenden Bürgermeister wirkt, der das unpopuläre Thema auf Bundesebene bewusst zu seinem Anliegen gemacht hat) ist aber nur ein kleiner Teil des Problems, das in der Debatte für uns als SPD aufscheint. Bei durchaus selbstkritischer Betrachtung erscheinen mir persönlich vier Punkte in der Debatte für uns als SPD wichtig:

○ In Teilen der Bevölkerung gibt es subjektiv empfundene Überfremdungsängste, die bei der Wahrnehmung der Politik bestimmend sind. Diese Ängste müssen wir gerade als Linke in der SPD wahrnehmen und ernst nehmen und nicht vorschnell als versteckten Rassismus abtun. Politisch zielen Antworten auf die Verhinderung von Ghettobildung, auf die Stabilisierung von Wohngebieten (Mietenpolitik/Umfeld/...)

und auf die Integration der neuen und alten Bewohner in die Veränderungsprozesse. Unter Umständen muss man dann auch neu aufgeladene Begriffe wie „Heimat“ diskutieren, so von Christian Hanke in der BS vom 21. August vorgeschlagen, die ein verbindendes Element darstellen könnten.

○ Wir müssen sehr klar gegen eine oftmals (auch bei Sarrazin) vermengte Eliten-Debatte angehen. Die elitär ausgerichtete Unter-/Oberschichtdebatte stellt auf Abgrenzung und soziale Undurchlässigkeit ab. Ganze Bevölkerungsgruppen werden dauerhaft der Unterschicht zugeordnet. Für eine elitär verbrämte Diskriminierung sind dann nicht nur bildungselitäre Mittelschichten für Rechtspopulisten ansprechbar, sondern auch aufstiegsorientierte Migranten. Letztere können dann in ihrem Bemühen um soziale Abgrenzung von den Populisten zur ethnischen Abgrenzung instrumentalisiert werden. Die politische Antwort liegt u.a. in der Förderung durchlässiger und qualitativ hochwertiger Bildungssysteme. Zudem muss offenbar werden, dass die Eliten sich selbst in der Tradition des deutschen Adels sehr eng definieren und nicht auf die Integration von sozialen Aufsteigern gerichtet sind.

○ Um die absolute Mehrheit der Migranten vor dem Stigma einer Minderheit von kriminellen Migranten zu schützen, ist die in den letzten Jahren verstärkte Linie einer Null-Toleranz im Bereich Bildungspolitik (insb. Schulpflicht) und Jugendgerichtsbarkeit erkennbar fortzuführen. Glaubwürdig ist diese Null-Toleranz aber nur bei dem gleichzeitigen Erhalt und Ausbau der präventiven Angebote (Jugendarbeit, Ganztagsbetreuung).

○ Nach meiner Einschätzung können echte Fortschritte in der Integrationspolitik nur von links erfolgen, weil nur von dort ein hinreichendes Vertrauen in die Handlungsmotive gerade auch durch die Migranten unterstellt wird. Hätte die CDU/FDP die Agenda 2010 durchsetzen wollen, wären sie an SPD und Gewerkschaften als natürlichen Bündnispartnern der Betroffenen gescheitert. Nur die SPD konnte damals Blockaden zu umfassenden Sozialreformen durchbrechen (leider in die falsche Richtung). Ähnlich ist unsere Verantwortung im Bereich Integrationspolitik: Anders als die Parteien rechts der Mitte können nur wir eine mehrheitsfähige Integrationspolitik entwickeln, die sowohl die notwendigen Elemente des Förderns und Forderns umfasst.

Hier dürfte der größte Schaden der Sarrazin-Debatte liegen: Je länger sein krudes Menschenbild und der verächtliche Politikansatz mit der SPD verbunden werden, desto geringer sind die Chancen und Spielräume für eine seriöse SPD-Integrationspolitik im Interesse der Menschen.

Mark Rackles □

Sarrazin-Buch:

Bittere Wahrheiten oder nur Vorurteile?

Reaktionen auf Vorabveröffentlichungen und die Buchpräsentation

Thilo Sarrazins Buch hat vielfältige Reaktionen in den Spitzen von SPD und Gewerkschaften ausgelöst - wirklich positive sind nicht darunter. Sarrazin kann aber ein weitverbreitetes Bauchgefühl für sich in Anspruch nehmen: Laut einer Umfrage für „Bild am Sonntag“ stimmen 51 Prozent der Bundesbürger der Aussage zu, dass ein Großteil der arabischen und türkischen Einwanderer weder integrationswillig noch integrationsfähig sei. Einzig bei den Grünen-Wählern stößt Sarrazins These laut Umfrage (501 Befragte) mehrheitlich auf Ablehnung - Anhänger von SPD, CDU/CSU, FDP und der Linken stützen dagegen die These. 69 Prozent der Bundesbürger finden - zumindest auf dem Stand der Vorabveröffentlichungen -, es sei richtig, dass Sarrazin eine Debatte über Integration angestoßen hat.

■ **Thilo Sarrazin**, Buchautor und Vorstandsmitglied der Bundesbank auf der Pressekonferenz am Montag: „Ich bin in einer Volkspartei und werde in einer Volkspartei bleiben, weil ich meine, dass diese Themen in eine Volkspartei gehören.“

■ **Neclá Kelek, türkischstämmige Sozialwissenschaftlerin**, bei der Vorstellung des Buches: „Hier hat ein verantwortungsvoller Bürger bittere Wahrheiten drastisch ausgesprochen und sich um Deutschland einen Kopf gemacht. Um diesen Kopf soll Thilo Sarrazin offensichtlich jetzt kürzer gemacht werden.“

■ **Michael Müller, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender**: „Den offensichtlich gelangweilten Ex-Senator treibt die reine Lust an der Provokation zu immer fragwürdigeren und menschenverachtenderen Aussagen“. Mit jedem Auftritt und jedem Text würde es schlimmer. „Seine Positionen haben absolut nichts mit sozialdemokratischer Integrationspolitik oder überhaupt mit demokratischer Politik zu tun. Ich würde mir wünschen, dass er sich mehr mit seinem Job beschäftigt, anstatt die Menschen in Deutschland immer wieder von neuem mit seinen absurden Ergüssen zu behelligen.“

■ **Ehrhart Körting**, Berliner Innensenator, im Interview bei Spiegel-online: „Seine Ansichten über genetisch bedingte Bildungsdefizite, über den Zusammenhang von Religionszugehörigkeit und sozialen Problemen, sind unvereinbar mit sozialdemokratischen Grundüberzeugungen. Die Behauptung, die Dummheit eines Menschen sei durch die Gene programmiert, steht unserem sozialdemokratischen An-



Zu Protestaktionen während der Buchpräsentation am Montag hatten auch die Jusos und die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert aufgerufen. Foto: Kappa Photo

spruch diametral gegenüber, jedem Menschen gute Entwicklungschancen zu geben. Deshalb haben Sozialdemokraten Bildungsvereine gegründet, deshalb kämpfen wir um Chancen für Schwächere.“

■ **Ulker Radziwill, Vorsitzende der AG Migration** in der Berliner SPD, hat die in den Vorabveröffentlichungen gemachten Aussagen von Thilo Sarrazins „diffamierend und gefährlich populistisch“ bezeichnet. „Spätestens jetzt haben wir Thilo Sarrazins Meinungsäußerungen zum Thema Integration von muslimischer Bevölkerung schwarz auf weiß in seinem Buch. Er kann nun nicht mehr das Argument vorschieben, er sei von Journalisten falsch verstanden oder falsch zitiert worden“, so die SPD-Abgeordnete. „Und die Vorabveröffentlichung machen seine menschenverachtende Grundhaltung wieder nur zu deutlich: Wer in unserer Demokratie Menschen allein nach ‚wirtschaftlichen Mehrwert‘ und ‚Verwertbarkeit‘ beurteilt, hat aus der Geschichte unseres Landes anscheinend nichts gelernt. Das ist zutiefst unsozialdemokratisch, er hat seine politische Heimat nicht mehr in der Sozialdemokratie.“

■ **Doro Zinke, Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg**, forderte die Berliner SPD auf, dem „menschenfeindlichen Treiben des ehemaligen Finanzsenators



Berliner Ideenkonferenz: Im Frühjahr diskutierte die Berliner SPD über die praktischen Probleme der Integrationspolitik. Foto: Horb

von Berlin ein Ende zu setzen“ und ihn aus der Partei zu schmeißen. „Einer Partei, die für Aussöhnung, Solidarität und Teilhabe stehe und die mit ihrem Integrationsgesetz Türen öffnen und sie nicht vernageln wolle.“ Der Banker schein nicht ausgelastet durch seine Vorstandstätigkeit bei der Bundesbank, so Zinke. Denn anstatt sich den Kopf zu zerbrechen, wie das Finanzsystem wetterfest gemacht werden könne für kommende Krisen (siehe Verbraucherschutz und Krisenvorsorge der Banken), verbreite Sarrazin erneut abgedroschene Klischees und Vorurteile über Migranten. „Ein durchsichtiges Spiel mit Populismus und rassistischen Untertönen, das natürlich bereits Rechtsradikale aufhören ließ.“

■ **Robert Drewnicki, Vorsitzender der SPD Neu-Westend**, der Thilo Sarrazin angehört, forderte ihn auf, sein Parteibuch zurückzugeben, „da er spätestens mit seinem Buch zeigt, dass er weder unser sozialdemokratisches Menschenbild, noch unsere sozialdemokratischen Grundwerten teilt.“ Drewnicki: „In der Diskussion, ob Thilo Sarrazin in die SPD gehört, reicht ein Blick in das Hamburger Programm: ‚Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit‘ (Hamburger Programm, Kapitel: Unser Bild vom Menschen) und ‚Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion‘ (Hamburger Programm, Kapitel: Unsere Grundwerte). Und genau auf dieser Grundlage sollten wir einen gesellschaftlichen Diskurs führen und erklären, warum sich sozialdemokratische Politik in allen Belangen von dem wirtschaftlichen Verwertungsdenken und dem Rassismus eines Thilo Sarrazins unterscheidet. Diese Werte sind so elementar, dass es kein sowohl als auch geben kann.“

■ **Swen Schulz, Spandauer Bundestagsabgeordneter**: „Thilo Sarrazin hat alle Grenzen der Vernunft und des Anstandes überschritten. Er argumentiert eindeutig rassistisch. Ein Mensch mit solchen Positionen ist als Repräsentant Deutschlands vollkommen untragbar. Wenn er nicht freiwillig seinen Vorstandsposten aufgibt, muss er entlassen werden. Das ist ungewöhnlich und das ist sicher auch schwierig. Doch Politik und Bundesbank müssen in einem solchen Fall Handlungsfähigkeit zeigen. Thilo Sarrazin muss raus aus dem Vorstand der Bundesbank!“ **BS** □

Buchvorstellung:

Unterricht in Biologismus

Die Integrationsprobleme müssen ernster genommen werden als Sarrazins Buch

Bei der Deutschen Verlagsanstalt bitet man um Verständnis, dass sich die Auslieferung der Presseexemplare etwas verzögert: „Aufgrund der starken Nachfrage ist die Gesamtauflage innerhalb von 24 Stunden vergriffen gewesen.“ Ein Erfolg der Verlagsstrategie, mit Vorabdrucken in Spiegel und Bild gut eine Woche vor der angekündigten Buchpräsentation von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ schon einmal die Diskussion anzuheizen.

Für Thilo Sarrazin könnte es besser nicht laufen. Ein großes Interview in der Zeit, eine Sondersendung im RBB. Talkshow-Auftritte bei Beckmann und Hart, aber fair, Rücktritts- und Austrittsforderungen im Stundentakt. Die Kanzlerin nimmt sich die Zeit für eine Distanzierung. All das muss ihm beweisen: Er wird ernst genommen. Viel Feind, viel Ehr. „Pro Deutschland“ hängt sich an seinen Erfolg an und bietet ihm den Vorsitz der rechtsextremen Vereinigung an, die NPD möchte ihn immerhin noch zum Rückführungsbeauftragten machen. Haben sie ihn missverstanden? Ihn, den Sozialdemokraten, der nur den Finger in die Wunde legen will? Der gleich in der Einleitung seines Buches Lassalle bemüht: „Alle politische Kleingeisterin besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist“? Und der doch auch ein Bildungssystem fordert, das Chancengleichheit ermöglicht, was ja irgendwie sozialdemokratisch klingt?

Aber darum geht es eigentlich gar nicht mehr, zumindest nicht in der von Sarrazin losgetretenen öffentlichen Diskussion. Die hat sich inzwischen verselbständigt. Da geht es um vererbare Intelligenz und um Fruchtbarkeit, die irgendwie schichtenspezifisch (oder doch religionsabhängig?) ist. Mit Statistiken und Durchschnittswerten will Sarrazin „logische Wahrheiten“ untermauern. Heraus kommt ein AngstszENARIO.

Während am Stammtisch eine Beobachtung in der Nachbarschaft zur Erkenntnis über gesellschaftliche Gruppen und Gemeinschaften hochstilisiert wird, sind es bei Sarrazin einzelne Zahlen, die zu Durchschnittswerten führen. Der ehemalige Finanzsenator setzt auf Verallgemeinerung. Der Einzelfall kommt bei ihm allenfalls zum Tragen, wenn es um Lob für seine Thesen geht: Ein libanesischer Taxifahrer hat ihm deswegen einmal auf die Schulter geklopft, berichtet er in einem Interview. Ein statistisches Mittel hat Sarrazin daraus nicht gezogen.

Auf seinen 464 Seiten ist Sarrazin der

DVA Sachbuch,
Gebundenes Buch
mit Schutzumschlag,
464 Seiten, 13,5 x
21,5 cm, 22,99 [D] /
(empf. VK-Preis)
ISBN 978-3-421-
04430-3
August 2010



letzte Universalgelehrte, er liefert historische Abrisse über Gesellschaftsentwicklungen, er ist Statistiker, aber auch Psychologe, Soziologe, ein bisschen Bildungsforscher und natürlich ganz viel Genforscher. Mit seinen Tabellen und Statistiken - im Buch sind viele verteilt und einige unter dem Titel „Demografie, Produktivität und Altenlast“ angehängt - umgibt sich Sarrazin mit dem unangreifbaren Mantel von Wissenschaft und Korrektheit („Ich stütze mich in meinen Ausführungen auf empirische Erhebungen, argumentiere aber direkt und schnörkellos“). Und zugleich kokettiert er mit der politischen Inkorrektheit: Eigentlich dürfe man all dies ja gar nicht aussprechen. Der Gutmenschen wegen, die das nicht mögen.

Dabei spricht er nicht zum ersten Mal darüber. Und jedes Mal hatte er sein gewaltiges Presseecho. Wohl auch, weil er nicht Vorsitzender einer x-beliebigen rechtsextremen Organisation ist. Und weil es Journalisten immer wieder spannend finden, SPD-Mitgliedern Sarrazinsche Formulierungen vorzulegen - in der Hoffnung aus den Reaktionen eine neue Schlagzeile zu konstruieren.

Dennoch wird die Mär gepflegt, es gebe noch Tabuthemen in der Gesellschaft, in den Medien. „Hartz-IV-Generationen, Parallelgesellschaften, Zuzug aus Anatolien, arbeitslose Unterklasse. Das alles schreiben Sie in Ihrem Buch, lieber Thilo Sarrazin, was wir uns nicht zu denken wagen“, jubelt zum Beispiel Bild-Kolumnist Franz-Josef Wagner in eben jener Zeitung, die die Vorabdruckrechte von Sarrazins Buch wohl deshalb kaufen musste, weil ihre Kolumnisten nicht zu denken wagen.

Was ist jetzt eigentlich das, was nicht einmal die Bild-Zeitung, sondern nur ein Sarrazin auszusprechen wagt? Die Schwierigkeiten in der Integration können es ja nicht sein, darüber reden viele seit langem. Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschko-

wsky in zahlreichen Talkshows, Ausländerbeauftragte, Stadtteilmütter. Klaus Wowereit und Kenan Kolat leiten eine Zukunftswerkstatt der Bundes-SPD zu diesem Thema - nicht ohne Grund. Die Berliner SPD lud im Frühjahr zur Ideenkonferenz Integration.

Alle wissen seit Jahren: Es gibt enorme Probleme in der Integrationspolitik. Sarrazin aber liefert nun Schuldige: die Muslime. Deutschland kann sich zurücklehnen. Da braucht man sich ja keine Mühe mehr zu machen, wenn es genetisch ohnehin keinen Sinn macht. Mehr Ausgaben für Bildung? Auch das bringt nichts, hat Sarrazin errechnet.

Und auch die Hartz-IV-Empfänger, die sich auskömmlich und vitaminreich ernähren könnten, wenn sie das Geld nicht in Alkohol, Tabak und Unterhaltungselektronik stecken würden: selber schuld. „Durch unsere Art, die materielle Armut zu lindern, fördern wir millionenfach Passivität, Indolenz sowie die Armut im Geiste und rauben den Menschen Stolz und Selbstbewusstsein.“ (S.128) Auch das ist ein Bild, das in den Doku-Soaps des Privatfernsehens immer wieder präsentiert wird.

„Die Erkenntnis, dass Intelligenz zum Teil erblich ist, verträgt sich nur schwer mit Gleichheitsvorstellungen. nach denen die Ursachen von Ungleichheit unter den Menschen möglichst weitgehend in den sozialen und politischen Verhältnissen zu suchen sind.“ (S.97) Eine Argumentation, die am Kern vorbeigeht: Es geht nicht um Gleichmacherei von Menschen, sondern darum, für gleiche Chancen zu sorgen, damit sie ihre Unterschiedlichkeit leben können. Es geht um ein Menschenbild, das von Respekt geprägt ist und Menschen nicht in Tabellenkästchen steckt, um ihre Nützlichkeit für die Gesellschaft zu errechnen. Möglicherweise ist ja für einen persönlich manchmal der türkische Gemüsehändler an der Ecke nützlicher als ein Bundesbanker.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gesellschaft, das sich in vielen Teilen des Landes angesichts der tatsächlichen Probleme in der Integrationspolitik erst noch entwickeln müsste, die Erkenntnis, dass jede und jeder auch gebraucht wird, wenn der gesellschaftliche Wohlstand erhalten, aber auch Herausforderungen wie der Klimawandel bewältigt werden sollen, das wird durch die jetzt aufgebrochene Diskussion eher verhindert.

Das Buch, die Wirklichkeit und die öf-
Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

fentliche Debatte - das sind allerdings drei verschiedene Dinge, die wenig bis nichts miteinander zu tun haben. Die Vorabveröffentlichungen haben die Diskussion auf jene Aussagen zur Migration gelenkt, die bereits das erste Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin ausgelöst haben. In seinem Buch selbst lässt Sarrazin sich ab und an Hintertürchen offen. Da „scheinen“ Zahlen etwas auszusagen, „könnten“ Studien auf etwas hindeuten. In der öffentlichen Diskussion werden ohnehin die eigenen Vorstellungen hineinprojiziert: ernste Sorgen ebenso wie dumpfe Gefühle.

Aber erst mit dem tatsächlichen Vorliegen des Buches wird auch die Schlichtheit mancher Passagen deutlich. Ein paar Sätze lang hat Sarrazin recht, einige Sätze weiter liegt er schrecklich daneben. Widersprüchlich und unklar bleibt vor allem der Intelligenzforscher Sarrazin, der munter mit Anlagen, Begabung und Intelligenz hantiert. „Je besser die Durchlässigkeit eines Bildungssystems ist, umso eher und umso nachhaltiger erschöpft sich das Potential an Höchst- und Hochbegabten aus den un-

teren Schichten.“ (S. 82) Will sagen: Wenn bereits alle Angehörigen der Unterschicht, die mit dem „Intelligenz-Gen“ ausgestattet sind, aufgestiegen sind, kann ja nichts mehr nachkommen. Da brauchen wir dann auch nicht mehr Geld für Bildung auszugeben. Folge ist wieder Sarrazins Schuldzuweisung an den Einzelnen: „In einer wirklich chancengleichen Gesellschaft ist jemand nur noch aus Gründen ‚unten‘, die in seiner Person liegen.“ (S.174).

Nun haben wir eine solche Gesellschaft vermutlich auch nach Sarrazins Ansicht noch nicht erreicht. Aber Vererbung geht eben auch nicht in dieser Schlichtheit vonstatten, sondern ist wohl ein eher komplexer Vorgang, bei dem viele Anlagen eine Rolle spielen, die in einer anregenden Umgebung wieder anders zum Tragen kommen als in einem monotonen Umfeld. Intelligenztests liefern Ausschnitte, prüfen standardisierte Fähigkeiten ab und sind daher auch nur bedingt aussagefähig - von emotionaler und sozialer Intelligenz ganz zu schweigen. Aber Sarrazins vereinfachte und damit eher pseudowissenschaftliche Beschreibung entspricht einem verbreite-

ten Bauchgefühl und dem Wunsch nach schlichten Erklärungen.

Necla Kelek, die vom Verlag für die Buchpräsentation gewonnene Soziologin, glaubt: „Dieses Buch wird die Politik in diesem Land verändern.“ Fragt sich, in welcher Richtung. Die wenig aufregenden Alltagsorgen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Integrationsarbeit rücken jedenfalls nicht stärker in den Blick. Migranten, von denen in der Tat auch die Annahme von Integrationsangeboten erwartet werden kann, liefert Sarrazin ein neues Alibi: Sie sind ja ohnehin unerwünscht und werden sogar als Gefahr angesehen. Wächst der Druck, Zwangsmaßnahmen einzuführen, wie sie auch Sarrazin etwa bei Arbeitslosigkeit empfiehlt, bei ihm als zu erwartende „Gegenleistung“ für die Grundsicherung bezeichnet? Wächst durch die Debatte der Zulauf zu islamischen und islamistischen Gruppen, die zumindest einem kleinen Teil der Migranten Sicherheit und Selbstwertgefühl geben? Oder wächst die Erkenntnis, dass über Integration wieder sensibler und sachlicher diskutiert werden muss, damit sie gelingt? **Ulrich Horb** □

POST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

WEHRPFLICHT: DIE LÜCKE BEIM ZIVILDIENTST SCHLIESSEN

Als vor Jahren der Ostblock sich selbst auflöste und zaghaft über den Sinn einer wehrpflichtigen Armee bei uns diskutiert wurde, war das für namhafte CSU-Politiker undenkbar. Einige schwadronierten damals sogar davon die Bundeswehr im Innern einzusetzen zu können.

Jetzt kommt da ein smarterer CSU-Verteidigungsminister daher und will die Wehrpflicht „aussetzen“, was eigentlich einer „Abschaffung“ gleichkommt. Und das aus Gründen der „Geldknappheit“. Wie sich die Zeiten ändern... Sollte die Wehrpflicht verschwinden, gibt es auch keinen Zivildienst mehr. Da entsteht in unserer Gesellschaft ein großes Loch. Jetzt muss unbedingt und schnellstens darüber nachgedacht werden, wie wir diese Lücke schließen können. Hier muss man auch ein bisschen weiterdenken: Im Zeitalter der Gleichberechtigung ist es geboten, dass junge Frauen und junge Männer einen zivilen Dienst ableisten sollten.

Von vielen weiß man, dass sie jetzt schon die Zeit während ihres zivilen Dienstes, als für sich gewinnbringend betrachten. Immer mehr junge Menschen nehmen sich nach der Schule, nach der Ausbildung eine Pause, um zu sich zu kommen, um nachzudenken, wie es für sie weitergehen soll und nutzen diese Zeit für einen Einsatz im Zivil-

dienst. Der Staat muss dann aber auch dafür sorgen, dass diese Menschen im späteren Leben - bis hin zur Rente - keine Nachteile erleidet. **Karl-Heinz Füllberg** □

INTEGRATION: ZUR WIRKLICHEN HEIMAT WERDEN

„Heimat“ ist in der Tat ein für deutsche Sozialdemokraten beladener Begriff. Das muss aber nicht so bleiben. Christian Hanke hat Recht, wenn er einen neuen Zugang dazu fordert, Tatsächlich haben ihn die selbsternannten Heimatvertriebenen für sich belegt. „Heimat“ besagt aber mehr, weil es dabei um eine tiefere Identität handelt, an der man zumindest zu Anfang nicht wissentlich beteiligt war. Da wird man hineingeboren.

Das konservative Weltbild haben diejenigen befördert, die sich weigern, aus den Ergebnissen des 2. Weltkrieges zu lernen. Ohne den Versuch eines deutschen Angriffs wären die deutschen Ostgebiete erhalten geblieben. Ich habe selbst in Ostpreußen einen Verwandten gehabt, der da NS-Ortsbauernführer war.

Nun hat sich die Welt sehr verändert. „Heimat“ haben auch andere, etwa die Völker der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, deren Länder von der Sowjetunion besetzt wurden und von denen viele nach Sibirien verbannt wurden. Meine Frau ist auch Litauerin und in Sibirien ge-

boren. Sie hält an ihrer litauischen Staatsbürgerschaft fest und hat den ungeliebten sowjetischen Pass gerne abgegeben.

Der Begriff der Heimat ist zur Identitätsstiftung besser geeignet als das politisch korrekte Fachterminologie aus „Migranten“ und „Multikulti“. Das sind eh nur abgeleitete Begriffe, unter denen viele sich nichts vorstellen können. Als Sozialdemokraten sollten wir verständlich reden. So könnten wir den Begriff der Heimat wieder für uns besetzen. **Martin-Rudolf Roski** □

INTEGRATION: AUCH DIE HERZEN GEWINNEN

Ich bin begeistert von Christian Hankes Kommentar zum geplanten Teilhabe- und Integrationsgesetz. Ich hätte fast jede der dort angestellten Überlegungen (einschließlich der daraus gezogenen Konsequenz, dass ein solches Gesetz eher kontraproduktiv wirkt) unterschreiben können.

Am allerbesten hat mir folgender Satz gefallen: „Diese prekäre Situation muss durchbrochen werden, wenn insbesondere die Kinder und Jugendlichen - häufig hier geboren - für Deutschland gewonnen werden sollen.“ Damit ist für mich die Sache auf den Punkt gebracht: Gesetzliche Erleichterungen allein werden nicht viel bringen, wenn wir nicht zusätzlich danach streben, auch die Herzen zu gewinnen.

Magda von Garrel □

Vom Umgang mit einem Putsch

Veranstaltungsreihe des August-Bebel-Instituts erinnert an die Türkei des Jahres 1980

Am 12. September 1980 kam es unter Leitung des Generalstabschefs Kenan Evren zum Putsch in der Türkei. Das Kriegsrecht wurde verhängt, die politischen Parteien verboten. Zum dreißigsten Jahrestag des Putsches will das August-Bebel-Institut einen Beitrag zur Aufarbeitung leisten: In Zusammenarbeit mit dem Ballhaus Naunynstraße, das eine Reihe von Filmen zeigt, werden ein Workshop und eine Diskussionsveranstaltung angeboten.

Workshop „September 1980 in der Türkei: Militärische Interventionen, kollektives Trauma und Erinnerungspolitik.“

Woran wir uns erinnern macht aus, wer wir sind. Traumata sind nachträgliche schmerzhaft Erinnerungen, die sowohl Betroffene als auch Täter stark prägen. Militärische Interventionen (wie auch bewaffnete Konflikte, Massaker, unaufgeklärte Morde, verschwundene Menschen und



Szene aus dem Film „Septembersturm“ - zu sehen am 11.9. um 18 Uhr im Ballhaus Naunynstraße. Mehr Informationen zur Filmreihe unter www.ballhausnaunynstrasse.de.

Folter) haben weit verbreitete kollektive Traumata in der Türkei verursacht. Der Umgang mit diesen Erinnerungen wird in einem Workshop mit Mehtap Söyler, M.A., und Oliver Kontny, Iranist und Kurator, the-

matisiert. So 12. September 2010, 10-18 Uhr in Berlin Kreuzberg, Beitrag 5 € inkl. Verpflegung u. Getränke, Anmeldung bis 5. September, Veranstaltung P85.

Podiumsdiskussion „September 1980 in der Türkei“. Die Politikwissenschaftlerin Mehtap Söyler gibt einen Überblick über die Forschung zum Begriff des „tiefen Staates“ - der Annahme, dass die staatlichen Institutionen in der Türkei von inoffiziellen Strukturen beherrscht werden, die Erbmasse der Militärdiktatur sind. Die Soziologin Pinar Selek spricht über die post-diktatorische Generation der nach 1980 Geborenen. Atilla Keskin, Zeitzeuge zweier Militärputsche, erläutert ausgehend von den Auswirkungen des Septemberregimes auf die türkische Gegenwartsliteratur die Problematik des zeitgeschichtlichen Erinnerns. Sonntag, 12.9.2010, 17 Uhr, Ballhaus Naunynstraße, 17 Uhr, Naunynstr. 27, 10997 Berlin-Kreuzberg

Für eine demokratische und durchlässige Schule

Carl-Heinz Evers prägte die sozialdemokratische Bildungspolitik

Das gab es in der Berliner Bildungspolitik wohl kaum ein zweites Mal: 1970 gingen Schülerinnen und Schüler zu einem Demonstrationzug auf die Straße, um sich für einen Bildungssektor einzusetzen. Die spontanen Unterstützungsjahre galten Carl-Heinz Evers, als er am 4. März 1970 nach sieben Amts Jahren seinen Rücktritt als Senator erklärte.

Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt hatte Evers 1963 ins Amt berufen. Carl-Heinz Evers prägte in den sechziger Jahren entscheidend die Bildungspolitik der SPD, er engagierte sich für eine demokratische und durchlässige Schule, für Vorschulklassen und für die Idee der Gesamtschule. Seine der Zeit weit vorausweisenden Ziele in der Bildungspolitik bestimmten 1969 das Wahlprogramm der SPD im Bundestagswahlkampf.

Der am 23. Januar 1922 in Freden/Leine geborene Evers hatte 1940 sein Abitur gemacht und kehrte 1945 aus russischer Kriegsgefangenschaft nach Halle zurück. Er trat 1945 in die SPD ein, wechselte dann aber aus Protest gegen die Zwangsvereinigung zur SED in die Ost-CDU.

In Halle studierte er ab 1946 Mathematik, Physik, Philosophie und Pädagogik. 1950 floh er nach West-Berlin, trat wieder in die SPD ein und setzte sein Studium an der FU Berlin fort.

Nur wenige Jahre arbeitete er als Studienrat in Tempelhof, schon 1957 wurde er



Evers-Rücktritt: Ausschnitt aus der Berliner Stimme vom März 1970. Foto: BS-Archiv

Bezirksschulrat, zwei Jahre später Landesschulrat und leitete damit die Schulabteilung in der Senatsverwaltung. Dort begann er mit der Umsetzung seiner Reformideen - für Chancengleichheit, längeres gemeinsames Lernen und eine Demokratisierung der Schule.

Ab 1961 beschäftigte sich Evers mit den Planungen für die Integrierte Gesamtschule, die sich schon von Namen her von der Einheitsschule der DDR abheben sollte. 1962 erregte seine „Denkschrift zur inneren

Schulreform“ weit über den Kreis der Bildungspolitik hinaus Aufmerksamkeit. „Nachdem Berlin nach den Willkürmaßnahmen des totalitären Ulbricht-Regimes vorerst nicht mehr Begegnungsstätte der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands sein kann, muss es sein Schulwesen vorbildlich und modellhaft gestalten. Ein modernes demokratisches Schulwesen wird anziehend und beispielgebend auf freie und unfreie Menschen wirken“, hieß es darin.

Mit dem Wechsel aus der Rolle des Schulorganisations in der Verwaltung zum politisch verantwortlichen Senator waren nicht automatisch bessere Umsetzungsmöglichkeiten verbunden. Aber Evers gelang es, die ersten Berliner Gesamtschulen auf den Weg zu bringen. Als er Anfang 1970 seine bildungspolitischen Vorstellungen in der mittelfristigen Finanzplanung des Senats - Klaus Schütz ist inzwischen Regierender Bürgermeister - nicht ausreichend berücksichtigt fand, trat er zurück.

Als Mitglied des Parteivorstands setzte er sich zwischen 1970 und 1974 weiter für Reformen in der Bildungspolitik ein. 1973 wurde er zum Honorarprofessor an der TU Berlin ernannt. 1993 verließ er die SPD, enttäuscht von den Petersberger Beschlüssen zur Asylpolitik und engagierte sich fortan stärker in der Friedens- und Menschenrechtspolitik. Am 13. August 2010 ist Carl-Heinz-Evers im Alter von 88 Jahren verstorben.

Ulrich Horb

Friedrich-Ebert-Stiftung:

Debatte zum Rechtspopulismus

„Extrem populär?! Rechtspopulismus in Deutschland und Europa“ lautet das Thema einer Diskussionsveranstaltung, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. September 2010 einlädt.

Gerade in Zeiten der Krise versuchen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen mit einfachen Versprechen und Ausgrenzungsschablonen die Ängste vieler Bürger/innen für „ihre Sache“ zu nutzen. Der Erfolg dieser Taktik zeigte sich u.a. in den jüngsten Wahlergebnissen rechtspopulistischer Parteien in Europa, - von Dänemark über die Niederlande und Österreich bis nach Osteuropa.

Handelt es sich bei dieser Zunahme des Rechtspopulismus um ein vergängliches Phänomen oder ist dieser auf dem Weg zum politischen Mainstream? In einer Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung geht Dr. Werner T. Bauer von der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) dieser Frage nach und analysiert rechtspopulistische Parteien in Europa.

➡ Veranstaltung am Mittwoch, 22. September 2010 von 18.00 - 20.00 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Hiroshimamastr. 17, 10785 Berlin.

➡ Programm und Anmeldung unter: www.fes-forumberlin.de/Inhalt/vera.php, Antwortkarte bitte bis 15.09. an Frau Marion Loyda: forum.ml@fes.de, Fax: 030 26935 9240

Trauer um Horst Lange

Ehemaliger Kreuzberger Abgeordneter ist verstorben

Tief betroffen hat uns die Nachricht gemacht, daß unser Genosse Horst Lange am 27.7.2010 im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Horst war seit dem 1.12.1952 Mitglied der SPD, immer politisch engagiert, vom Abteilungskassierer bis zum SPD Fraktionsmitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin. Er war bis zuletzt für die SPD und AWO aktiv. Sein Einsatz galt besonders den sozial Schwachen. Horst Lange wird uns unvergessen bleiben.

Geboren wurde er am 30. März 1934. Nach Besuch der Hauptschule begann Horst Lange 1949 eine Bäckerlehre, arbeitete anschließend in diesem Beruf, bis er 1954 Erzieherpraktikant wurde. 1955 erwarb er die Mittlere Reife über den zweiten Bildungsweg, studierte von 1955 bis 1957 am Seminar für Sozialberufe der Arbeiterwohlfahrt in Mannheim. 1957 legte er das Staatsexamen als Sozialarbeiter ab und arbeitete anschließend als Fürsorger in Kreuzberg. 1963 wurde er Prozessvertreter im Jugendamt Kreuzberg und wechselte dann - als er 1967 Bezirksverordneter in Kreuzberg wurde - ins Bezirksamt Tiergarten.

In die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten war er mit Beginn der Lehre 1949 eingetreten, später wechselte er zur ÖTV. In der SPD arbeitete er seit 1952 mit. 1959 wurde er Beisitzer im SPD-Kreisvorstand Kreuzberg, er war Kreisdelegierter und Mitglied der Kommission Justiz beim

Landesvorstand. Im April 1971 wurde er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (Wahlkreis 1, Kreuzberg), dem er bis 1981 angehörte (6., 7. und 8. Wahlperiode).

Norbert Wittke/BS □

T RAUER

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

TERMINE

■ **Lietzenseefest der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf**, 04.09.2010, ab 13:00 Uhr, Schillerwiese am Lietzensee, Kaiserdamm / Witzlebenplatz, 14057 Berlin

■ **Kinder- und Stadtteilstadt der SPD Mitte - Abt. Schillerpark**, 4. 9.2010, 14:00 - 18:00 Uhr, Schillerpark hinter der Kita, Barfusstr. Ecke Edinburger Str. Schirmherr: Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke

■ **Eva Högl, MdB: Bürgersprechstunde**. 7.09., 16 - 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Bitte anmelden: Tel. 4692125

■ **FA VII - Wirtschaft - Arbeit - Technologie der SPD Berlin und Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. auf Einladung von Frank Jahnke, MdB, Gesundheitsclusterbildung in der Region Berlin-Brandenburg - Wo stehen wir?** Dienstag, 07.09., 19:00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, (s. S. 6)

■ **„Sozialdemokratische Alternativen zum Sparpaket der Bundesregierung, Schwerpunkt: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“**, Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, öffentliche Mitgliederversammlung, 7.09.2010, 19:30 Uhr, mit Barbara Loth, Bezirksstadträtin, und Dr. Joachim Arndt, Referent für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, im AWO-Haus der sozialen Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin

■ **ASJ-Stammtisch am 08.09.2010, 20.00 Uhr, Cafe „Blisse 14“, Das Berliner Integrations- und Partizipationsgesetz - Echter Fortschritt oder Etikettenschwindel?** mit Raed Saleh, MdB und Kreisvorsitzender aus Spandau, Cafe „Blisse 14“ in der Blissestraße 14 in 10713 Berlin

■ **Sommerfest der Berliner SPD**, 8.09.2010, 18:30 Uhr, Radialsystem V, Holzmarktstraße 33, 10243 Berlin, Programm mit Talkrunden zum Thema: 20 Jahre Vereinigung der SPD in Berlin - Landesverband Berlin-West und Bezirksverband Berlin-Ost. KULTUR: Manne & Günther (Comedyduo aus Berlin) sowie P.R. Kantate (Konzertauftritt) -

■ **Weddinger Stadtteiltag mit Ralf Wieland**, 10.09.2010, Detaillierte Informationen unter <http://www.spdfraktion-berlin.de/berliner-stadtteiltage>

■ **Stadtrundfahrt mit Rudi Kujath - Der Nordosten Berlins**, Veranstalter: SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, 11.09.2010, 13:00, Treffpunkt AWO Treff, Reichweindamm 6, , 13627 Berlin, Kostenbeitrag 12 €

■ **Stolpersteinrundgang der ASF Friedrichshain-Kreuzberg - weibliche NS-Opfer** im Quartier Rudolphplatz, 11.09.2010, 15:00 Uhr Danneckerstraße/Rotherstraße, 10245 Berlin. Besucht werden die Stolpersteine weiblicher NS-Opfer im Quartier Rudolphplatz. Unterwegs werden die Stolpersteine gereinigt.

■ **SPD BVV-Fraktion Treptow-Köpenick**, Sonntag, 12. September, 10 Uhr, Ratskeller Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21 in 12555 Berlin,

„Übertragung von Jugendfreizeiteinrichtungen - Rettung oder Ausverkauf?“ Es diskutieren Dirk Retzlaff (Stadttrat für Jugend und Schule), Kerstin Stappenbeck (Leiterin des Jugendamtes), Stephan Büniger (Bürgerdeputierter im Jugendhilfeausschuss), Moderation: Alexander Freier (Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion)

■ **Informationsgespräch zum Thema „Integrationsgesetz“** mit Raed Saleh, MdB, SPD Gesundbrunnen, Montag, 13. September, 19 Uhr, AWO Freizeitstätte Club 56, Rheinsberger Straße 56, 10115 Berlin (U-Bhf. Bernauer Straße).

■ **„Die Sekundarschule kommt! - Unsere Erwartungen“**. Die Abteilungen „Am Luisenbad“ und „Pankekiez“ laden am Montag, 13. September 2010 um 19 Uhr in die Aula der Herbert-Hoover-Schule (Pankstr. 18/19, 13357 Berlin). Auf dem Podium u.a.: Bildungssenator Prof. Dr. Zöllner, Thomas Schumann, Schulleiter Hoover-Schule; sowie Michael Wiesemann-Wagenhuber, Vors. Bezirksselternbeirat.

■ **FA VII - Wirtschaft-Arbeit-Technologie, Treffen am Mittwoch, den 14. September 2010, um 17:00 Uhr in der Osteria Caruso, Köthener Straße 38, 10963 Berlin, Thema: Zukunft der Jobcenter**, mit Burgunde Grosse, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

■ **FA Stadt des Wissen (AG Schule) und AfB-Landesvorstand auf Einladung von Felicitas Tesch, Bestandsaufnahme zum Start des Schuljahres 2010/11** mit Claudia Zinke, Mittwoch, 15. September 2010, 17:30 - 19.00 Uhr, Raum 320 des Abgeordnetenhauses, Niederkirchner Straße 5, 10117 Berlin

■ **Arbeitsgemeinschaft für Bildung Charlottenburg-Wilmersdorf (AfB) und die Ku'dammabteilung: Info-Veranstaltung zur Berliner Schulstrukturreform im Bezirk**.

15.09. um 19:30 Uhr in der Reformschule Charlottenburg, Sybelstraße 20/21, 10629 Berlin, mit Claudia Zinke (Staatssekretärin für Bildung), Günther Kuhring (Schulaufsicht Charlottenburg-Wilmersdorf), Matthias Grunewald (Schulleiter der Reformschule Charlottenburg), Paul Schuknecht (Schulleiter der Friedensburg-Oberschule und Vorsitzender der Berliner Schulleitervereinigung), Felicitas Tesch (bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus).

■ **Schöneberger Stadtteiltag mit Annette Fugmann-Heesing**, 16.09.2010. Detaillierte Informationen unter <http://www.spdfraktion-berlin.de/berlinerstadtteiltage>

■ **Bürgerstammtisch SPD-Wilhelmstadt**, Freitag, 17.09., 20 Uhr, „Metz“, Metzger Platz, mit Swen Schulz

■ **Bunt und laut wie der Kiez: Das Falkplatzfest**, 18.09.2010, 14:00 Uhr, SPD Pankow - Abteilung Falkplatz-Arnimplatz, Falkplatz, 10437 Berlin. Das 9. Falkplatzfest steht unter dem Motto des Europäischen Jahres 2010 „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.

■ **1. Familienfest Lübars** der SPD Reinickendorf, 19.09.2010, 11:00 - 17:00 Uhr, Familienfarm im Freizeitpark Lübars, Alte Fasanerie

10, 13469 Berlin. Gäste: Klaus Wowereit, Ingeborg Junge-Reyer, Gisela von der Aue

■ **Bürgersprechstunde des Bundestagsabgeordneten Swen Schulz** - Spandau, 20.09.2010, 15 - 18 Uhr, Bürgerbüro Swen Schulz, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter 36757090.

■ **Tagung und Abendveranstaltung, 23. und 24. September in Berlin, Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland**, Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter, Friedrich-Ebert-Stiftung, Anmeldung: Ingrid Nordemann, Telefon 0228 883 - 8077, E-Mail: ingrid.nordemann@fes.de

■ **Infoprüfung für Arbeitslosengeld II-Betroffene und Interessierte**, SPD Mitte - Abt. Gesundbrunnen und AWO, 25.09., 11:00 Uhr, AWO Club56, Rheinsberger Straße 56, 10115 Berlin. Mit einem Vortrag zu aktuellen Entwicklungen beim Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) von dem auf das Sozialrecht spezialisierten Rechtsanwalt Manuel Koch

■ **Veranstaltungsreihe „Das politische Gespräch am Gendarmenmarkt“**, AfA Berlin, Dienstag, den 28.09., 19:00 Uhr, Löwenbräu am Gendarmenmarkt, Leipziger Str.65 in 10117 Berlin, nahe U-Bhf. Mitte, Bis 31. Mai 2011 sind Sozialwahlen: Selbstverwaltung als demokratische Errungenschaft der Sozialversicherung oder inzwischen überholt, weil sich die Bedingungen grundlegend verändert haben? mit Elke Hannack, ver.di Bundesvorstand.

■ **aktuelle Termine der Berliner SPD im Internet: <http://www.spd-berlin.de/termine/>**

BUNDESTAGSABGEORDNETE

Sprechstunden finden Sie in der Terminübersicht links.

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de.

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **MRECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten: mrechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

„Die Künstler sind entscheidend“

Galeriegespräch mit Konzerthaus-Intendant Nordmann

Seit Beginn der Spielzeit 2009/2010 ist Prof. Dr. Sebastian Nordmann als Nachfolger von Frank Schneider Intendant des Konzerthaus Berlin am Gendarmenmarkt. Auf Einladung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie wird er am 6. September Gast beim fünften „Galeriegespräch zu Kunst und Politik“ in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus sein.

Sebastian Nordmann stammt aus Kiel. Er studierte in Heidelberg und Berlin Musikwissenschaften und Neuere Geschichte. An der Hochschule für Musik und Theater Rostock hat er seit 2008 eine Stiftungsprofessur für Musik- und Kulturmanagement.

Von Oktober 2002 bis Dezember 2008 war Sebastian Nordmann Intendant und Geschäftsführer der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern. Sie gehören zu den größten Flächenfestivals in Deutschland. In einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ hat er seine Position beschrieben: „Für das Profil eines Hauses ist nicht in erster Linie der Intendant entscheidend, sondern es sind die Künstler. Der Chefdirigent, die Orchestermusiker, sie kommunizieren unmittelbar mit dem Publikum. Und die Gäste, die man sich einlädt. Ich will nicht einfach nur durchreisende Stars engagieren, die keine bleibenden Spuren hinterlassen. Ich möchte Künstler an uns binden, die sagen:



Prof. Dr. Sebastian Nordmann ist Intendant des Konzerthaus Berlin am Gendarmenmarkt
Foto: Christian Nielinger / Konzerthaus

Zum Konzerthaus komme ich gern und regelmäßig, mit denen möchte ich meine besonderen Projekte realisieren.“

„Da wird eine sympathische Position beschrieben, welche die Musiklandschaft in Berlin brauchen würde“, stellt Winfried Sühlo, Vorsitzender des Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, fest. Im Gespräch zwischen Sebastian Nordmann und Nikolaus Sander, Vorstand im Kulturforum Stadt Berlin, soll diskutiert werden, welche Rolle die politischen Akteure haben und wie das künstlerische und inhaltliche Profil von Konzerthaus und Konzerthausorchester entwickelt werden kann. **BS** □

➔ Montag, 6. September 2010, 19:30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Ausstellung jüdischer und palästinensischer Künstler

Werke jüdischer und palästinensischer Künstler aus Israel zeigt die Ausstellung „Nachbarn - Neighbours“, die vom 5. September bis 31. Oktober in der Neuköllner Galerie im Körnerpark zu sehen ist.

Die Ausstellung mit Arbeiten von 21 Künstlern aus den Jahren 1972 bis 2010 hat ihre besondere Aktualität nicht nur in der weltpolitischen Situation, sondern gerade

und auch in Neukölln: Das Thema des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, das Dialog und Respekt voraussetzt, ist gerade in Nord-Neukölln von zukunftsreicher Bedeutung, stellt das Kulturamt Neukölln fest. **PM** □

➔ Eröffnung 5. 9., 12 Uhr, Galerie im Körnerpark, Schierkerstr. 8, 12051 Berlin, U-Bahn Neukölln, geöffnet Di - So 10 bis 18 Uhr

KULTURTIPPS

Ausstellungseröffnung: Bilder von Bernd Mehlitz im Café „Kunst und Rad“.

Neue Arbeiten von Bernd Mehlitz, bis 2003 als Abteilungsleiter für Bühnen in der Senatsverwaltung für Kultur tätig, sind vom heutigen Sonnabend an in Wildau (Schorfheide) zu sehen. Die Ausstellung trägt den Titel „Begegnungen - Figurative Malerei“. Zur Eröffnung wird Manfred Fischer von der Akademie der Künste Berlin sprechen.

➔ Eröffnung am Sonnabend, 4. September, 14.00 Uhr im Café *Kunst und Rad*, Wildau 3, 16244 Schorfheide/OT Eichhorst. Zu sehen bis 30.11.2010. Öffnungszeiten: Mo, Di, Fr von 12.00 bis 20.00 Uhr, Sa, So von 11.00 bis 19.00 Uhr. (Die Galerie ist erreichbar mit dem Pkw über A11, Abfahrt Finowfurt, auf der B167 Richtung Liebenwalde, an der nächsten Kreuzung auf der L220 nach Eichhorst. Eichhorst durchfahren und rechts halten, nach etwa 1 km entlang der Seerandstraße erreicht man rechts den Abzweig nach Wildau und das Café.

Ausstellungseröffnung „Liselotte Strelow – Retrospektive“. Die Theater- & Porträtfotografin Liselotte Strelow wäre im Jahre 2008 100 Jahre alt geworden wäre. Vom 15. September an werden im Willy-Brandt-Haus Fotografien aus der deutschen Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre gezeigt. Schauspieler, Schriftsteller und bildende Künstler wie Gustav Gründgens oder Marlene Dietrich, Thomas Mann oder Willi Baumeister sind ebenso in der Galerie der Prominenten vertreten wie Politiker, Wirtschaftsmanager oder internationale Künstler, so Jean Cocteau und Henry Moore. **BS** □

➔ Eröffnung: Mittwoch, 15. September 2010, 19.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140 / Stresemannstraße 28, 10963 Berlin-Kreuzberg. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr. Eintritt frei, ein gültiger Personalausweis ist erforderlich.